DIE LINKE. Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung
Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE

Rundschreiben Nr. 30 – Januar 2024. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 1/2024. ArGe-Sprecher/innen: Brigitte Wolf, (V.i.S.d.P.: Brigitte Wolf, Metzstraße 31, 81667 München), Email: brigitte.wolf@mnet-online.de; Michael Juretzek, Email: michael.juretzek@nord-com.net; Redaktion: Eva Detscher, Email: eva.detscher@web.de.

Der Termin für Winterschule und MV mit Wahlen war bereits im Sommer 2023 festgelegt und im Arge Rundschreiben Nr. 29 (https://www.linkekritik.de/index.php?id=4556) veröffentlicht worden. Die Einladung bzw. der Ablaufplan zu Winterschule und Mitgliederversammlung wurde in den Politischen Berichten Nr. 6/2023, S. 32 veröffentlicht (https://www.linkekritik.de/index.php?id=4556).

Inhaltsverzeichnis ArGe-RS 30

Dokumentation des Ablaufplanes 1
Nachtrag: Quellenverzeichnis zur benutzten Literatur
Protokoll der Mitgliederversammlung 2
Abendveranstaltung der ArGe-Winterschule am 5. Januar im Erfurt: In Thüringen und Sachsen geht es um viel! Von Wolfgang Freye 4
Europa-Seminar der Landes-ArGe am 4. November in Hannover. Von Michael Ohse, Goslar 4
Zum Gedanken der Souveränität innerhalb der Europäischen Union. Input und Materialzusammenstellung von Marianne Esders, Lüneburg 5
Zwei Nationalismusvarianten. Deutschland 1894, Alldeutscher Verband. Frankreich 1882, Ernest Renan, „Was ist eine Nation“. Vorbemerkung zu den ausgewählten Texten. Von Martin Fochler, München 7
Pierre Bourdieu, Über den Staat. Einleitung zu den ausgewählten Ausschnitten. Von Christiane Schneider, Hamburg 8
Luhmann, Die Politik der Gesellschaft. Einleitung zum ausgewählten Ausschnitt. Von Christiane Schneider, Hamburg 8
Rechtssystem, Steuerstaat, Gewaltenteilung. Vorbemerkung zu den ausgewählten Texten. Von Martin Fochler, München 9
EU-Vertrag und Souveränität der Mitgliedstaaten. Einleitung zu den ausgewählten Texten. Von Michael Juretzek, Bremen 9
Die „Friendly Relations Declaration“ von 1970. Von Ulli Jäckel, Hamburg 10
Vollständiger Titel in Deutsch: „Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen“.
Links in Europa: Wahlprogramme und Positionen Linker Parteien zu den Europawahlen 2024. Von Eva Detscher, Rolf Gehring, Matthias Paykowski. 11
Dazu: • Frankreich: „166 Vorschläge, um auf soziale, ökologische und demokratische Dringlichkeiten zu reagieren“ • – Anzeige und Downloadlink „Links in Europa“ • Sinn Fein – Wahlprogramm für die EP-Wahl 2019
Extrem Rechte auf dem Vormarsch in Europa. Einführungsbeitrag. Von Rosemarie Steffens 14
Europawahlen: Schwerpunktsetzung der Rechtsparteien. Haupttendenz: EU von innen verändern. Von Rosemarie Steffens und Michael Juretzek. 15
„Inklusion mit Augenmaß“ – Die AfD im Europawahlkampf 2024. Von Marianne Esders, Lüneburg 17

Dokumentiert: Einladung zu Mitgliederversammlung, Winterschule und Abendveranstaltung

Linken Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung: **Winterschule, Thema: Nationalismus – Internationalismus**: 4. Januar, 14 Uhr, bis 6. Januar, 16 Uhr, Erfurt. **Abendveranstaltung, Thema „Vor den Landtagswahlen“:** Freitag, 18.30 am Tagungsort. **Mitgliederversammlung:** 6. Januar, ab 14 Uhr, am Tagungsort.

Diese Materialmappe enthält die von den Vorbereitenden bereitgestellten Textauszüge. Zum Tagungsbeginn wird eine kopierte Fassung vorliegen. Die Zusammenstellung ist ausschließlich für die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer bestimmt. Weiterverbreitung, insbesondere Einstellung im Internet, ist aus urheberrechtlichen Gründen unzulässig.

Zum Ablauf: Die Einleitung der einzelnen Abschnitte erfolgt durch die Vorbereitenden, die auch Auszüge aus dem Material vortragen. Die Vortragszeit wird so bemessen, dass Raum für die Erörterung der aufgeworfenen Fragestellungen / Vermutungen / Thesen bleibt. Die Publikation von Stellungnahmen zum Thema wird wie immer im ArGe-Rundbrief möglich sein.

Materialmappe, 71 Seiten, durchlaufend nummeriert, Format A4, in der **Druckfassung** im Querformat montiert, beidseitiger bedruckt. **IT Fassung** durchsuchbares PDF, in Leserichtung gedreht.

1. Beginn Donnerstag, 14 Uhr
Begrüßung. Allgemeine Aussprache zur Parteientwicklung: Input von Marianne Esders, Hannover, zum Thema Souveräne Demokratie. (Material: Vorlage bei Konferenz)
2. Arbeit am Thema Nationalismus als Staatsraison
02-05| Deutsches Reich. Leitartikel des Alldeutschen Verbandes, Jan. 1884.
06-10| Frankreich: Ernest Renan. Was ist eine Nation? (Rede am 11. März 1882 an der Sorbonne)
11-11| Stichwort: „Wille“ (Philosophisches Wörterbuch, Leipzig, 1964) (Dokumentenauswahl, Vorbereitung: Martin Fochler)

Freitag, Vormittag Fortsetzung
12-26| Pierre Bourdieu: Sozialgeschichte der politischen Ideen und des Staates, Vorlesung von 1991 (Inhaltsverzeichnis + 3 Auszüge)
27-34| Niklas Luhmann: Auszug aus: Das Recht der Gesellschaft (Dokumentenauswahl, Vorbereitung: Christiane Schneider)
35-38| Wachenhausen, Staatsausgabe und öffentliches Interesse in den Steuerrechtfertigungslehren (1972), (Inhaltsverzeichnis + Auszug)
39-39| Stichwort „Selbstverwaltung“. 1 Seite aus „Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft“ (1983)
40-40| Stichwort „Selbstverwaltung“ in Deutsches Rechtslexikon C.H. Beck, (1992)
41-41| Krell Schlotter, Weltbilder und Weltordnung, Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Nomos 2018, Schnipsel aus dem Kapitel „Institutionalismus“, siehe auch Diskussion der ArGe Sommerschule. (Dokumentenauswahl, Vorbereitung: Martin Fochler)

Freitag, Nachmittag
42-43| EU-Vertrag und Einschränkung der Souveränität der Mitgliedstaaten. (Dokumentenauswahl, Vorbereitung: Michael Juretzek)
44-50| UNO: Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. – Bezugspunkt für Internationalismus in sozialer und menschenrechtlicher Verantwortung. (Dokumentenauswahl, Vorbereitung: Ulli Jäckel, Hamburg)

3. Veranstaltung Freitagabend, 18.30 Uhr.
Vor den Landtagswahlen. Wir diskutieren mit Gästen aus Sachsen, zugesagt hat Luise Neuhaus-Wartenberg (MdL, Progressive Linke), und möglichst aus Thüringen, welche Reformprojekte die Landtagswahlkämpf tragen sollen. (Vorbereitung und Moderation: Wolfgang Freye)

4. Samstag, Vormittag
Europawahlen: Schwerpunkte in der Kampagnenplanung mit anderen linken Parteien in der EU (mit Blick auf Koalitions- bzw. Gruppenbildung)
Auszüge aus **Vorwärts ohne Gleichschritt – Zwanzig Jahre Europäische Linke:**
51-51| Inhaltsverzeichnis + Vorwort
53-55| Walter Bayer, „Keine Abstimmung 2. Ordnung", sowie Verz. der Hrsg. u. Aut. der Flugschrift.
56-69| Cornelia Hildebrandt, „Es ist notwendig, für eine europäische Linke zu kämpfen Zur Situation linker Parteien in Europa und deren Herausforderungen"
(Dokumentenauswahl und Vorbereitung: Rolf Gehring, Eva Detscher, Matthias Paykowski)
70-71| Europawahlen: Schwerpunktsetzungen der Kampagnen der Rechtsparteien, ebenfalls mit Blick auf deren Fraktionsbildung(en). Haupttendenz: EU von innen verändern (Notizen zu: Italien, Frankreich, Niederlande, Schweden, Ungarn – – – Material wird noch ergänzt).
(Dokumentenauswahl und Vorbereitung: Rosemarie Steffens, Marianne Esders, Michael Juretzek.)
5. Samstag, Nachmittag 14 Uhr
Angelegenheiten der ArGe, Mitgliederversammlung
***| ArGe-Projektberichte**
***| ArGe-Arbeitsvorhaben (u.a. Rundbrief)**
***| Wahlen der ArGe-Sprecher*innen und Delegierten zum Parteitag Die Linke** Ende Samstag, 16 Uhr

---

Nachtrag zur Textmappe der Winterschule 2024. Quellenangaben. Die Dokumente wurden teils gemeinsam gelesen und erörtert, teils in den Einleitungsvorträgen und in der Diskussion herangezogen, soweit in den in diesen Tagungsberichten dokumentierten Beiträgen noch auf weitere Quellen Bezug genommen wird, verweisen wir auf die Angaben ebendort.

Reinhard Opitz, (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, 1977. Dokument: Leitartikel „Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat" von 7. Januar 1894.

Ernest Renan, Was ist eine Nation, Vortrag in der Sorbonne am 11. Marz 1882, Aus dem Französischen von Henning Ritter, veröffentlicht in: Jeismann. Michael I Ritter, Henning: Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993.
Internetquelle: https://austria-forum.org/attach/AEIOU/%C3%96sterreichbewusstsein/Renan_Was%20ist%20eine%20Nation.pdf

Georg Klaus und Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch. Band 2, Eintrag unter „Wille", das europäische buch, Berlin 1972.

Pierre Bourdieu, Sozialgeschichte der politischen Ideen und des Staates,Vorlesung 1991, in: Pierre Bourdieu, Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989-1992, herausgegeben von Patrick Champagne et al., Berlin 2017.
Dok. 1: Nationale Vereinheitlichung und kulturelle Herrschaft; **Dok. 2:** Konstruktion der Republik und Konstruktion der Nation; **Dok. 3**: Staat und Nation
Internetausgabe: https://medien.umbreitkatalog.de/pdfzentrale/978/351/829/Leseprobe_l_9783518298213.pdf

Niklas Luhmann, Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2002. Dokument: Abschnitt IV, Internetausgabe: https://www.unifr.ch/orthodoxia/de/assets/public/Lehre/HS2019%20-%20Ekklesiologie/Luhmann,%202000,%20Politik%20der%20Gesellschaft.pdf Niklas Luhmann, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995. Dokument: Kapitel 9, Politik und Recht. Internetausgabe: https://luhmann.ir/wp-content/uploads/2021/07/Das-Recht-der-Gesellschaft.pdf

Manfred Wachenhausn, Staatsausgabe und Öffentliches Interesse in den Steuerrechtfertigungslehren des naturrechtlichen Rationalismus. Dokument: 1,2 Ausblicke herkömmlcher Steuerrechtfertigungslehren für die Phänomenologie des modernen Steuerstaates

Albert von Muthius, Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft, in Schriftenreihe des Lorenz vom Stein Institut für Verwaltungswissenschaften Kiel, Heft XIV, Kiel 1983. Dokument: Werner Frotscher, Selbstverwaltung und Demokratie

Horst Tilch, Deutsches Rechtslexikon, Band 3, München 1092. Dokument: Selbstverwaltung. S. 363 ff

EU-Vertrag, Quelle: https://commission.europa.eu/about-european-commission/what-european-commission-does/law/areas-eu-action_de

Gert Krell, Peter Schlotter, Weltbilder und Weltordnung, Baden-Baden 2018. Dokument: aus dem Kapitel „Institutionalismus"

UN-Generalversammlung, Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nation, A/RES/2625 (XXXV), New York 14. Oktober 1970, Internetzugang:https://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar2625.pdf

Cornelia Hildebrandt, Uwe Sattler (Hrsg.), Vorwärts ohne Gleichschritt – Zwanzig Jahre Europäische Linke, Hamburg 2023. Dokument 1: Vorwort. Dokument 2: Walter Baier, Keine Abstimmung zweiter Ordnung.

Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)" am 6. Januar 2024 in Erfurt

An der Mitgliederversammlung nahmen 19 Genossinnen und Genossen teil, zwei davon wegen Krankheitsfällen online. Als Gast beteiligte sich Marianne Esders.
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. ArGe-Projektberichte
3. Arge-Arbeitsvorhaben (u.a. Rundbrief, Kalenderblätter)
4. Wahl der Sprecher/innen der ArGe
5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme für den Parteitag 2024/2025
6. Verschiedenes

Sitzungsleitung: Brigitte Wolf
Protokoll: Martin Fochler, Eva Detscher, Barbara Burkhardt

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
Die Tagesordnung wird angenommen.

2. ArGe-Projektberichte
2.1. ArGe-Rundbrief
- In www.linkekritik.de
- Kooperation mit Politischen Berichten: wird in Druckfassung als Beilage verbreitet
- Konstruktion: Presserechtliche Verantwortung bei Sprecherin und Sprecher
- Redaktion: Eva Detscher
- Fertigung und Redaktion: Martin Fochler

2.2. Verfestigte Zusammenarbeit im Arbeitsbereich: Rechte Provokationen – Demokratische Antworten. Hat sich niedergeschlagen in der Vorbereitung der ArGe-Themen.
2.3. Langjährige Reihe Kalenderblätter (vor acht Jahren gestartet), Kooperation hat sich entwickelt, verantwortet von Eva und Rolf. Für politischen Erkenntnisprozess von allergrößter Bedeutung: der Kampf um Emanzipation und Entwicklungsmöglichkeiten über konkrete Punkte, man kann zeigen, wie es zustande kam und auch: was Bestand hatte. – Zusammenarbeit mit Autoren anderer Länder wie Skandinavien, Schweiz, Österreich, Frankreich, England, Polen, Spanien, Niederlande u.v.a. Im Zusammenhang mit „Solidarisches Europa": es könnten einzelne Punkte im Rahmen der Kalenderblätter als markante Schritte herausgearbeitet werden.
2.4. Sommer- bzw. Winterschulen: Wir hatten ursprünglich streng sachbezogen nach verschiedenen Bereichen gearbeitet: Wirtschaft – Kulturwissenschaft – Philosophie – Internationales, aber auch kommunale Politik. Mit der Coronazeit wurde

das schwierig. Aber auch weil wir in die Lage gekommen sind, bei einer im Prinzip geklärten politischen generellen Linie nicht friedlich an den einzelnen Themen weiterarbeiten zu können. Z.B. das Thema der langfristigen Siedlungspolitik, an dem wir hart und viele Jahre lang gearbeitet hatten und auch noch gerne weiterarbeiten würden, ist uns weggerutscht. Wir waren gezwungen, praktisch als Vollversammlung zu operieren, einfach deswegen, weil in gewisser Weise auch Richtungsentscheidungen gefallen sind, die wir nicht einfach in den einzelnen Kursen sich entwickeln lassen konnten. Das ist nicht angenehm, weil die vertiefende Arbeit an der Sache darunter leidet. Man zieht sich aus den verschiedenen Fachgebieten die Äste zusammen, aus denen man sich eine Hütte flechtet. Das ist ein Problem dabei. Bis zu einem gewissen Grad sollten wir davon wieder wegkommen.

2.5. Wir sind über die jetzige Konferenz zu Entscheidungen gekommen, die elastisch und tragfähig sind: zum einen die Kriegs- und Friedensfrage, die aufzulösen wäre in die konkrete Problematik von einzelnen Punkten einer Sicherheitsarchitektur. Man muss dann nicht unter „Ja / Nein“, „moralisch verwerflich / moralisch super“ verhandeln, sondern unter „besser / schlechter“, „lindernd / verschärfend“ betrachten. Da können wir auch etwas leisten.

Mit der Entwicklung des Projekts „Solidarisches Europa“ hätten wir die Möglichkeit, dass wir an der Strukturierung der Emanzipationsbewegungen, die man so vorfindet in Europa, etwas mitwirken könnten.

Es wäre super, wenn wir uns im Sommer treffen könnten und sagen könnten: Die Linke hat es immerhin wieder ins Europäische Parlament geschafft, weil die Verbindung zu der institutionellen Arbeit von allergrößter Bedeutung ist.

Daher wäre das Mantelprojekt „Solidarisches Europa“ zu beschließen. Dann könnten wir über die Themen im Sommer diskutieren und über die konkrete Fortsetzung der Arbeit.

3. Arge-Arbeitsvorhaben: Die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie Soziale Befreiung“ der Linken hat bei ihrer Mitgliederversammlung zum Abschluss der Winterschule am 6.1.2024 in Erfurt folgendes Thema fixiert:

Arbeitsschwerpunkt SOLIDARISCHES EUROPA

Gesichtspunkte zum Herangehen wurden in Form einer zuerst handschriftlichen Protokollnotiz festgehalten, die im Folgenden redaktionell überarbeitet vorgelegt wird:

1) Unter Beachtung der Impulse aus der zivilen Gesellschaft, insbesondere ihren Organisationen wie Gewerkschaften, NGOs, Kultur- und Religionsgemeinschaften wollen wir

• diskutieren anhand der Normen und Regeln, die der sozialen Emanzipation und Wahrung von Menschenrechten und der Menschenwürde in den Mitgliedsländern sowie im internationalen Kontext dienlich sind,

• unter Beachtung der Verfahren, die im Rahmen der EU angeboten werden, namentlich der Rechts- und Regelsetzung (Parlamentsinitiativen, Richtlinien-Erarbeitung, Empfehlungen, Verordnungen, öffentliche Konsultationen bis hin zu Bürgerinitiativen) mitarbeiten an der bzw. Positionen erarbeiten für die Formulierung von rechtlich wirksamen Regeln. Als hohes Gut werden dabei der Sache nach dem Schutz von Minderheiten, also Menschenrechten, und der Größe – dabei geht es um die kleineren Körperschaften und Mitgliedsstaaten – größte Aufmerksamkeit zuteil. Größte Rücksicht auf die Kräfte, die vom Stimmgewicht her schwach sind.

• die Möglichkeiten zur Verbesserung der politischen Transparenz die institutionalisierten Berichtspflichten und die Klagerechte beachten und publik machen.

• Solidarisches Europa bedeutet, die EU als Raum von naher Nachbarschaft und Verflechtung in gesicherten politischen Rechten und sozialen Gewährleistungen zu stabilisieren und gemäß den Erfordernissen und Wünschen der Bevölkerungen auszugestalten.

2) Europäische Sicherheitsarchitektur

Wir sind zu der Auffassung gekommen, dass linke Politik sich damit beschäftigen muss, welche Elemente der von vielen gewünschten Entwicklung einer Europäischen Sicherheitsarchitektur dienlich oder störend sind. Daher wollen wir in den politischen Diskursen unserer Zeit gezielt nach tragenden Elementen einer Sicherheitsarchitektur suchen, sie beachten und entwickeln sowie aggressive und destruktive Strategien bzw. Einzelvorhaben kritisieren.

Die ArGe will mit diesem Engagement auch einen Beitrag zum Europawahlkampf leisten, sie geht davon aus, dass insbesondere die Kandidatur der LINKEN Möglichkeiten dazu bietet. Neben der Unterstützung von Veranstaltungen usw. wird darauf verwiesen, dass die ArGe auch die etablierte Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Politische Berichte“ für die Entfaltung des Themas nutzen kann.

Die Fixierung des Arbeitsschwerpunkts Solidarisches Europa soll die Zusammenarbeit zur Kritik und Abwehr von Nationalismus und Missachtung von Menschenrechten und der Menschenwürde sowohl innerhalb des Staatenverbundes EU als auch der EU als Verbund nach außen fördern.

Bearbeitung: *Martin Fochler, Eva Detscher, Rolf Gehring,*
Nachtrag: Koordination hat *Michael Juretzek* übernommen.

4. Wahl der Sprecher/innen

Wolfgang Freye kandidiert nach 16 Jahren nicht mehr für das Sprecheramt, Brigitte Wolf stellt sich erneut zur Wahl. Für das Amt des Sprechers kandidiert Michael Juretzek. Die Wahl erfolgt auf Antrag offen. Beide werden einstimmig, ohne Enthaltung, gewählt und nehmen die Wahl an. Alle Teilnehmer bedankten sich bei Wolfgang für die langjährige Arbeit als Sprecher der ArGe.

5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme für den Parteitag 2024/2025

Die ArGe kann 2 Delegierte mit beratender Stimme zum Parteitag entsenden. Die Wahlkommission übernimmt Barbara Burkhardt.

Es werden gewählt:

• Brigitte Wolf und Wolfgang Freye einstimmig als Delegierte.

• Rosemarie Steffens und Matthias Paykowski einstimmig als stellv. Delegierte.

Alle vier nehmen die Wahl an.

6. Sonstiges

TERMIN: Die Sommerschule 2024 findet wie geplant vom 8. bis 10. August in der Jugendherberge in Erfurt statt.

Der Termin der Winterschule 2025 wird auf den 2. bis 4. Januar 2025 festgelegt. Dabei soll ein neuer Veranstaltungsort getestet werden: Bildungshaus St. Ursula, Trommsdorffstraße in Erfurt. Die neuen Sprecher*innen kümmern sich um baldige Klärung, ob das Haus eine Alternative darstellt und werden ggf. die Reservierung für den 2. bis 4. Januar 2025 vornehmen.

Für die Richtigkeit: *Martin Fochler, Eva Detscher, Barbara Burkhardt*

Die Publikation dieses Rundschreibens erfolgt online (https://www.linkekritik.de/index.php?id=4556) bereits am Montag, 29. Januar. Zu diesem Termin wird auch die Einladung zu einem 1. Online-Koodinationstreffen (vorauss. Fr. 2.2. 17-18 Uhr) der ArGe zwecks Abklärung von Terminen, Projektarbeiten und Mailverteiler versendet. Die Druckfassung wird mit den Politischen Berichten Nr. 1/2024, (Do. 8.1.) verbreitet. (*Michael Juretzek, Sprecher*)

Veranstaltung der ArGe-Winterschule: In Thüringen und Sachsen geht es um viel!

„Vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen: Welche Reformprojekte gibt es bei der Linken?" Das war der Titel der Abendveranstaltung im Rahmen der ArGe-Winterschule am 5.1.2024 in Erfurt. Eingeladen waren Luise Neuhaus-Wartenberg (MdL Sachsen, Progressive Linke) und Paul Wellsow (Pressesprecher Die Linke Thüringen). Überraschend hinzu kam die Thüringer Landesvorsitzende der Linken, Ulrike Grosse-Röthig.

Von Wolfgang Freye, Essen

Paul Wellsow begann mit einer Übersicht über die Situation in Thüringen. Zwar konnte die rot-grün-rote Minderheitsregierung den Landeshaushalt im Dezember bei und durch Enthaltung der CDU verabschieden. CDU, FDP und AfD nähern sich jedoch weiter an und haben zuletzt gemeinsam und gegen die Regierungskoalition einen Antrag gegen Windenergie im Wald verabschiedet – trotz Warnungen aus der Wirtschaft. Die „Brandmauer gegen rechts" sei in Thüringen weitgehend gefallen, so Paul Wellsow.

Bei Umfragen lagen die AfD Ende 2023 bei 35 %, Die Linke bei 27 %, die CDU bei 20 %, die SPD bei 7 % und die Grünen bei 4 %. Die Linke habe sich damit insgesamt gut gehalten, so Ulrike Grosse-Röthig. Bei Umfragen zur Person des Ministerpräsidenten liege Bodo Ramelow immer weit vorne. Im Wahlkampf gehe es darum, diese Position und die Koalition zu verteidigen. Eine Kandidatur des BSW würde dieses Ziel gefährden. Wahrscheinlich sei aber, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD ohne die CDU nicht zu verhindern ist. – Der Entwurf des Landtagswahlprogramms der Linken hat die Schwerpunkte Ausbau erneuerbarer Energien, ein integriertes Verkehrskonzept, Lösungen für eine immer ältere Gesellschaft, die jüngere Menschen und auch Flüchtlinge braucht, und „Sicherheit im Wandel" – Transformation braucht Absicherung und soziale Gerechtigkeit!

Die Situation in Sachsen ist für linke Politik noch schwieriger, so Luise Neuhaus-Wartenberg. Industrie gibt es vor allem als verlängerte Werkbank. Das Durchschnittseinkommen liegt etwa ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt, der Niedriglohnsektor nach Gewerkschaftsangaben bei 30 %. VW in Dresden hat die Produktion gerade auf E-Autos umgestellt. Die Streichung der Förderung brachte entsprechend große Verunsicherung.

Der ehemalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) hat lange das Märchen verbreitet, Sachsen seien „immun" gegen extrem rechts. Ende letzten Jahres lag die AfD im ehemaligen Fürstenstaat bei 30 %, gleichauf mit der CDU, die Linke bei 9 %, SPD und Grüne bei je 6 %. Gerade im ländlichen Raum haben alle demokratischen Parteien riesige Probleme. „Wer Demokratie will, muss Die Linke wählen" soll angesichts der Offenheit der CDU nach rechts eine zentrale Wahlaussage der Linken werden. Dabei stellt sich in Sachsen CDU und Linken erst recht die Frage, ob und wie sie bereit sind, zu kooperieren, um die AfD in der Regierung zu verhindern.

In der lebendigen Diskussion wurde die Frage gestellt, was die beiden Landesverbände von der Linken im Westen erwarten. Die Antwort war klar: Sie sollte deutlich machen, dass die Stärke der Rechten kein „ostdeutsches Problem" ist. Thüringen war schon einmal das erste Land, in dem Rechtsextreme in Form der NSDAP an einer Regierung beteiligt wurden. Gleichzeitig muss der gesellschaftliche Druck auf die CDU erhöht werden, eine Zusammenarbeit mit der AfD auszuschließen – Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen können hier einiges bewirken.

Weiter meinte Luise Neuhaus-Wartenberg, Die Linke müsse dringend ihr Verhältnis zum Staat klären. Sie darf nicht auf pures Misstrauen setzen, wie es die Rechte tut, sondern muss für ein gutes, solidarisches Miteinander aller und gegen Ausgrenzung eintreten. Das stieß auf viel Zustimmung.

Europa-Seminar der Landes-ArGe in Hannover

Wir hatten als Landes-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung" am 4. November 2024 zu einem Europaseminar nach Hannover mit dem Referenten Rolf Gehring von der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (Brüssel) eingeladen. Nur zwei Wochen vor dem Europa-Parteitag der Linken in Augsburg war es uns schon klar, dass unsere Diskussion mit 14 Teilnehmenden wohl kaum direkte Auswirkungen auf das zu verabschiedende Wahlprogramm haben würde.

Von Michael Ohse, Goslar

Wir haben uns mit den positiven Beständen der Europäischen Union beschäftigt, aber auch den institutionellen Strukturen und deren Entwicklung an Beispielen, über die Rolle der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in den Verträgen, die verschiedenen Rechtsetzungsmodi der EU und die Wege der Einflussnahme in Politikbereichen, in denen die EU keine Zuständigkeiten hat, etwa Bildung. Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung aber auch ganz konkrete Politiken der EU etwa in den Bereichen Antidiskriminierung und Arbeitnehmerfreizügigkeit sollten positiv bestimmt und verteidigt werden.

Besonders beschäftigt haben wir uns mit dem Kapital Sozialpolitik ab Artikel 151 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Die Sozialpolitik hat eine lange Tradition und internationale Institutionen spielen eine wichtige Rolle. Artikel 2 der Verträge der Europäischen Union spricht von einer „harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung", die durch die EU-Politik in den berührten Politikbereichen gefördert werden soll. Ausdrücklich werden als Kriterien, durch die eine solche Entwicklung erzielt werden soll, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz genannt.

Zuletzt hat wohl die sogenannte Säule der Sozialen Rechte in Sachen soziale EU starke Aufmerksamkeit erhalten. Sie hat nicht direkt neue soziale Rechte oder Standards etabliert, ist aber ein starkes politisches Signal. Die Säule listet auf, was es an beachtlichen Beständen an Sozialpolitik in der EU gibt. Die am 18. Oktober 1961 verabschiedete Europäische Sozialcharta hat eine Reihe von Vorläufern bzw. eine institutionelle Vorgeschichte, aus der deutlich wird, dass aufgrund von vergleichbaren sozialen Lagen in den verschiedenen Winkeln der Erde bzw. aufgrund der allgemeinen Formulierung von Ansprüchen eine Rahmung möglich war. Institutionell bot wesentlich die ILO (im April 1919 als Organ des Völkerbundes mit Sitz in Genf gegründet) einen Rahmen für die Möglichkeit des Austausches über Problemlagen, Erfahrungen und Konzepte für progressive Entwicklungen.

Ebenfalls schon sehr alten Datums ist das Antidiskriminierungsrecht in Europa. Bereits 1957 wurde „Diskriminierung am Arbeitsplatz" als Thema in den Europäischen Verträgen verankert. Seit 1975 (Richtlinie 75/117/EWG) sind die Mitgliedsstaaten rechtlich verpflichtet, alle Bestimmungen aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu löschen, die Lohndiskriminierung zur Folge haben, und Maßnahmen zu treffen, um Diskriminierungen in Tarifverträgen Lohn- und Gehaltstabellen usw. für nichtig zu erklären.

Nachdem das Ziel der Gleichbehandlung von Wanderarbeitnehmern bereits 1958 proklamiert wurde, wurde 1971 mit einer Verordnung die Koordinierung der verschiedenen Zweige der sozialen Sicherheit für die Europäische Gemeinschaft begonnen. Die bekannte Entsenderichtlinie 96/71/EG bestimmt die arbeitsrechtliche Gleichstellung der in einen anderen Staat entsandten Arbeitskräfte mit den dort normal beschäftigten Arbeitnehmern.

Soweit einige Beispiele von beim Seminar behandelten Themen.

Zum Gedanken der Souveränität innerhalb der Europäischen Union

Input und Materialzusammenstellung von Marianne Esders, Lüneburg

Während die einen versuchen, der Europäischen Union zu stärkerer demokratischer Legitimität zu verhelfen, um ihre Anerkennung zu verbessern und die Möglichkeit zu schaffen, durch gemeinsames und solidarisches Handeln politische und gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen, wollen die anderen die Souveränität der Nationalstaaten bewahren und vergrößern, selbst wenn dies bedeuten würde, dass die Europäische Union in sich zerfällt. Vor allem rechtsextreme Parteien lehnen den Solidaritätsgedanken der EU ab und fordern eine Rückkehr zu größtmöglicher Eigenständigkeit der Nationalstaaten. Der folgende Text vermittelt, anhand von Textauszügen einen Eindruck des Konzeptes Souveränität bezogen auf die Europäische Union.

Der erste Textausschnitt verweist auf den Gedanken der nationalen Souveränität oder des „Europa der Vaterländer“ des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles, welcher heute vor allem in rechtsextrem-nationalistischen Kreisen Anklang findet.

Anschließend folgt ein Umriss des auf einer 2017 gehaltenen Rede des heutigen französischen Staatspräsidenten Macron basierenden Konzeptes der „Europäischer Souveränität“.

Der darauffolgende Textausschnitt eines Interviews mit Sahra Wagenknecht enthält ihre Position eines „Europa souveräner Demokratien“.

Vergleichend zu Wagenknechts Europa-Verständnis wird Ulrike Guérots Konzept einer „föderalen europäischen Republik“ von Wulf Gallert und Markus Pohle im anschließenden Auszug aus einem „nd“-Artikel diskutiert.

Abschließend findet sich ein Hinweis auf das Verständnis der „souveränen Demokratie“ des Kreml-Chefideologen Surkov.

Europa der Vaterländer

„Die Idee des E. [frz.: Europe des patries] bezieht sich auf eine enge Form der zwischenstaatlichen Kooperation europ. Staaten, die jedoch die nationale Souveränität weitgehend unangetastet lässt und auf supranationale Einigungsschritte verzichtet. Sie wird historisch v. a. mit dem frz. Staatspräsidenten Charles de Gaulle (* 22.11.1890, † 9.11.1970) in Verbindung gebracht, der die Formulierung zu einem Kernpunkt seiner Europapolitik in den 1960er-Jahren machte. Ziel war es, Frankreichs nationale Souveränität zu bewahren und ihm eine Führungsrolle in Europa zuzuordnen. De Gaulle schwebte dabei ein ‚karolingisches‘ Kerneuropa vor, das Deutschland, Luxemburg und die Beneluxländer unter Führung Frankreichs verbinden sollte. Die Ausstrahlung dieses E. sollte die Blockgrenzen des Ost-West-Konfliktes dauerhaft lockern, sodass ein ‚Europa vom Atlantik bis zum Ural‘ möglich würde. De Gaulles Ablehnung des Beitrittsgesuchs Großbritanniens und seine Skepsis gegenüber der ‚atlantischen Dimension‘ der europ. Einigung bildeten den Hintergrund der Debatte um das E. Erst unter de Gaulles Nachfolger, George Pompidou, entwickelte Frankreich ein positiveres Verhältnis zu den supranationalen Elementen der europ. Integration. Gegenwärtig findet man die Formulierung ‚E.‘ häufig in rechtsextrem-nationalistischen Kontexten.“

https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176853/europa-der-vaterlaender/

Das Konzept der Europäischen Souveränität basierend auf Macrons Rede „Initiative für Europa“ von 2017

„Auf der europäischen Ebene schwingt bei der Idee der Souveränität eine Strategie des Staatsaufbaus mit, um Europa zu föderalisieren. Impliziert wäre damit auch, dass ein föderaleres Europa zu Lasten der nationalen Souveränität ginge. Doch obwohl EU-Institutionen mittlerweile Kompetenzen in so verschiedenen Politikfeldern wie Energiesicherheit, dem Grenzschutz, Handel und vielem mehr erworben haben, bleibt souveräne Macht auf der europäischen Ebene noch immer diffus. Die EU hat kein souveränes Haupt im Sinne des klassischen Souveränitätsverständnisses – es gibt keinen europäischen Leviathan.“

https://internationalepolitik.de/de/der-weg-zu-einem-souveraenen-europa

Das Konzept der „Europäischen Souveränität“ …

… kann als Konzept zur Aufstellung der EU im Kontext globaler Krisen verstanden werden. Nach Macrons Rede „Initiative für Europa“ im Jahr 2017 gewann die Idee der Stärkung der Europäischen Souveränität an Zuspruch, um globaler Konkurrenz und Herausforderungen wie Klimakrise, Krieg, Terrorismus, Pandemie, Wettbewerb und Verschiebungen der geopolitischen Machtverhältnisse selbstbewusst, finanzstark, möglichst unabhängig und entscheidungsfähig begegnen zu können. Ziel ist es auch, die politischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten der Union weltweit zu stärken und die eigenen Interessen und Werte durchzusetzen.

https://internationalepolitik.de/de/der-weg-zu-einem-souveraenen-europa

Friedrich Ebert Stiftung: Mitgliedsländer der EU müssen sich ihrer Herausforderungen bewusst werden

Dafür müsse laut Friedrich Ebert Stiftung die EU aus dem Ad-hoc-Krisenreaktionsmodus herauskommen und ihre Mitgliedsländer sich folgender Herausforderungen bewusst werden:

„– Transnationalität: Krisen und existenzielle Herausforderungen übersteigen die Lösungs-, Gestaltungs- und Schutzmöglichkeiten von Nationalstaaten.
– Wechselseitige Abhängigkeit: Die europäischen Länder sind aufeinander angewiesen. Nur im solidarischen Zusammenschluss einer souveränen EU können sie ihre Handlungsfähigkeit stärken. Sie müssen überall dort gemeinsam agieren, wo Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen.
– Reformbedarf: Die EU muss in vielen Politikfeldern grundlegende Reformen umsetzen und ihre institutionelle Architektur sowie ihre Entscheidungsmechanismen den Herausforderungen anpassen. Nur so kann sie nach innen wie nach außen ein wirklich gestaltungs- und handlungsfähiger Akteur werden.“

https://www.fes.de/politik-fuer-europa/souveraenes-europa/europa-souveraen

Ausschnitt aus einem Interview mit Sahra Wagenknecht im Deutschlandfunk (Schröder) vom 10.7.2016

„Schröder: Martin Schulz, der EU-Parlamentspräsident, fordert eine Vertiefung der Europäischen Union als Konsequenz aus dem Brexit, also eine gewählte Regierung an der Spitze Europas, ein Parlament mit mehr Rechten, mit mehr Kompetenzen, zwei Kammern. Wäre das nicht ein geeigneter Schritt, um mehr Vertrauen in die Europäische Union in der Bevölkerung zu erzeugen?

Wagenknecht: Nein. Ich finde, das geht genau in die falsche Richtung und ich finde das auch wirklich ignorant, in einer Situation, wo man merkt, dass die Menschen skeptisch dem gegenüber sind, was in Brüssel passiert, jetzt zu sagen, wir müssen noch mehr Kompetenzen nach Brüssel übertragen.

Schröder: Und mehr Demokratie.

Wagenknecht: Na ja, das Problem ist ja, dass wir überhaupt keine europäischen Parteien haben. Wir haben auch kaum europäische Persönlichkeiten. Also vielleicht hält sich Herr Schulz für eine, aber die Wahrheit ist doch, dass schon bei der letzten Europawahl man einmal versucht hat, mit europäischen Spitzenkandidaten anzutreten. Das war ein Riesenflop, weil die überhaupt nicht bekannt sind in den einzelnen Ländern.

Schröder: Wenn Vertiefung der falsche Weg ist, heißt also der richtige Weg ‚weniger Brüssel, mehr Kompetenzen für die Nationalstaaten'?

Wagenknecht: Ich würde sagen, der richtige Weg heißt ‚mehr Demokratie'. Das heißt, Entscheidungen sollten da getroffen werden, wo sie am besten demokratisch kontrollierbar getroffen werden können. Und in Europa sollte wirklich nur über Dinge entschieden werden, die gesamteuropäische Angelegenheiten sind. Und auch da sollte das Gewicht eigentlich auf Vereinbarungen der Regierungen liegen. Wir brauchen natürlich ein europäisches Parlament. Wir haben diese EU-Kommission. Aber ich muss sagen, mein Vertrauen, mehr Kompetenzen gerade an die EU-Kommission zu übergeben, das ist gleich null, wenn ich ...

Schröder: Wo sind zu viele Kompetenzen in Brüssel? Wo müssten sie verlagert werden, zurückverlagert werden?

Wagenknecht: Also ich glaube, schon, dass es falsch ist, wenn die EU-Kommission inzwischen ja fast das Recht hat, sich wirklich auch in Arbeitsmarktpolitik und andere Dinge einzumischen. Und ich finde, die Haushaltspolitik, die Wirtschaftspolitik das gehört in die Souveränität der Mitgliedsstaaten. Und natürlich schließt das ein, dass man dann auch für seine Schulden selber haftet. Das ist völlig klar. Aber ich finde nicht, dass es da einer Überinstanz in Brüssel bedarf, die den einzelnen Staaten in ihre Politik reinregieren kann. Und was ich mir wünschen würde, wo tatsächlich europäische Regeln notwendig wären, das wäre zum Beispiel bei der Steuerpolitik, dass wir endlich dieses miese Steuerdumping nicht mehr ermöglichen, wo die einzelnen Länder gegenseitig sich Konkurrenz machen mit besonders lukrativen Geschäftsmodellen für große Unternehmen. Da wäre Bedarf. Aber die ureigenen Kompetenzen – was mache ich für eine Arbeitsmarktpolitik, was mache ich für eine Bildungspolitik, welche Ausgaben stelle ich da zur Verfügung, wie ist mein Haushalt – das sollten die Mitgliedsstaaten und die Parlamente entscheiden, weil alles andere ist Abbau von Demokratie."

(Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/sahra-wagenknecht-ich-will-nicht-dass-die-eu-in-100.html):

Wulf Gallert und Markus Pohles Vergleich der Positionen Guérots und Wagenknechts im „nd" vom 25.09.2023

Im August 2023 berichtete der „Cicero" über eine mögliche Kandidatur Guérots für die Wahlliste Wagenknechts zur Europawahl. Wulf Gallert und Markus Pohle legten in ihrem im September im „nd" erschienen Text „Wagenknecht und Guérot: Eine Allianz der Unvereinbaren" dar, wie sich Sahra Wagenknechts Positionen von denen Guérots unterscheiden.

Wie im „nd" nachzulesen ist, verfasste Guérot

„(...) gemeinsam mit vier weiteren europäischen Intellektuellen einen erneuten Aufruf mit dem Titel ‚Zeit für die Vereinigten Staaten von Europa'. Darin heißt es: ‚Wir europäischen Bürger glauben, dass dies die entscheidende Stunde für die EU ist. Daher fordern wir: [...] eine föderale europäische Republik zu errichten, die die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Steuer- und Energiepolitik einschließt.'

Guérot spricht sich hier für einen massiven Kompetenztransfer von der nationalen auf die europäische Ebene aus. Die Fragen einer europäischen Parlamentsarmee, des europäischen Arbeitsrechts, von Finanzhoheit und vergemeinschafteten Schulden wären klar entschieden. Das europäische Parlament müsste demnach die zentralen Geschäftsbereiche des heutigen Bundestages übernehmen. Sahra Wagenknecht und die ihr in der Linkspartei Nahestehenden und potenziellen Mitglieder einer eigenen Partei standen dem Transfer dieser Kompetenzen auf europäische Ebene in den Auseinandersetzungen in der Linken fast ausnahmslos ablehnend gegenüber."

Gallert und Pohle betonen im genannten Artikel die Unvereinbarkeit der Positionen Wagenknechts und Guérots wie folgt:

„Es scheint eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, dass Ulrike Guérot mit solchen diametral zu Sahra Wagenknecht entgegengesetzten Positionen eine Kandidatur auf ihrer Wahlliste ausgerechnet für das Europaparlament übernehmen soll. Ganz im Gegensatz zu Guérot betont Wagenknecht immer wieder das Nationale als Bezugspunkt – ein Kapitel ihres Buches ‚Die Selbstgerechten' trägt die Überschrift ‚Nationalstaat und Wir-Gefühl: Weshalb eine totgesagte Idee Zukunft hat'. Sahra Wagenknecht argumentiert darin; ‚Menschen leben in Gemeinschaften und sie brauchen das Miteinander. Das gilt für alle Zeiten und letztlich für alle sozialen Schichten.' Die Organisationsform dieser Gemeinschaften ist für Wagenknecht der Nationalstaat. Seine Genese und Voraussetzungen beschreibt sie wie folgt: ‚Nationen entstehen durch eine gemeinsame Kultur und Sprache, durch geteilte Werte, gemeinsame Traditionen, Mythen und Erzählungen.' In ihrer Vorstellung sind Nationalstaaten also organisch gewachsen und deshalb der natürliche Ort, an dem wesentliche politische Entscheidungen gefällt werden sollten. Guérot fordert hingegen die Schaffung eines europäischen Nationalstaates, in dem die Wagenknecht'schen Voraussetzungen einer kulturell oder auch nur sprachlich homogenen Bevölkerung offensichtlich alles andere als gegeben sind."

Und weiter:

„In Guérots Erzählung müsste diese Republik von der europäischen Bevölkerung als einem kollektiv handelnden politischen Subjekt gefordert und geschaffen werden – der Haken daran ist, dass es dieses kollektive politische Subjekt in Wagenknechts Welt überhaupt nicht gibt. Als Alternative zeichnet Wagenknecht in ‚Die Selbstgerechten' die Konturen eines ‚Europas souveräner Demokratien'. Ihr Konzept zielt auf eine Kompetenzverlagerung hin zum Europäischen Rat. Dies deckt sich mit früheren Aussagen, etwa dieser von 2016: ‚Ich finde, die Haushaltspolitik, die Wirtschaftspolitik – das gehört in die Souveränität der Mitgliedsstaaten.' Dies impliziert eine Rückkehr zu beziehungsweise die Stärkung von nationalen Standortpolitiken in den derzeitigen Mitgliedsstaaten statt einer handlungsfähigen EU, die auf europäische Fragen europäische Antworten gibt. Wo Guérot einheitlichen Sozialstandards, Sicherungssystemen, Wirtschaftspolitik und einer kollektiven Außenpolitik das Wort redet, predigt Wagenknecht die Rückkehr zum Nationalstaat in ihrer Auslegung des Brexit-Slogans ‚Take back Control' (Holt euch die Kontrolle zurück), der für sie das Bedürfnis zum Ausdruck bringt, politische Entscheidungen aus dem fernen Brüssel zurück an den heimischen Herd zu verlagern, weil Demokratie nur da sein könne, wo man eine Sprache spricht und die gleichen Lieder singt."

Des Weiteren unterscheidet sich Guérots Verständnis der Europäischen Union auch in ihrem Verweis auf das Konzept der Europäischen Citizenship (EU-Bürgerschaft) von Wagenknechts Positionen. So weist Guérot in einem vom European Democracy Lab veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Der noch nicht verfasste Staatenbund zwischen der frühen und der verspäteten Nation – Frankreich, Deutschland und Europa

am Übergang zum 21. Jahrhundert“ vom 25. Juli 2023 auf die in jüngerer Politikwissenschaft zunehmende Verbindung von citoyenneté européenne und souvereigneté européenne hin:

„Immer mehr geht es in postmodernen Europadebatten um Städte und Regionen als (konstitutive) Akteure Europas, um urbane Zentren und die Frage, welche ländlichen Gebiete wie um welche europäischen Metropolen gruppiert und partizipativ, infrastrukturell sowie administrativ an sie angebunden werden sollen. Mithin geht es um eine europäische Einheit, die – gerade weil der europäische Staatenbund zwischen der frühen und der verspäteten Nation nicht verfasst wurde – wohl immer weniger als Staat gedacht werden muss.

In einer großen historischen Bewegung würde dann das strukturelle, kulturelle und vor allem sozioökonomische Unverständnis zwischen Deutschland und Frankreich, von dem Ernst Robert Curtius sprach, gleichsam dadurch unterspült, dass Franzosen und Deutsche (wie überhaupt alle Europäer*innen) perspektivisch die gleichen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte jenseits ihres heutigen État-Nation bekämen. Die Sozialisierung europäischer Bürger*innen in einen gemeinsamen, auch sozial ausgestalteten europäischen Rechtsraum würde die neue föderale Einheit eines horizontal verbundenen, europäischen Raums jenseits heutiger Nationalstaatlichkeit begründen.“

(Quelle: https://www.europeandemocracylab.org/essay/der-noch-nicht-verfasste-staatenbund-zwischen-der-fruhen-und-der-verspateten-nation-frankreich-deutschland-und-europa-am-ubergang-zum-21-jahrhundert)

Wagenknecht geht nicht so weit, Deutschland aus der EU herausnehmen zu wollen. Dennoch möchte sie die europäische Demokratie renationalisieren und den Europäischen Rat, also die Vertretung der Staats- und Regierungschefs, stärken, statt eine Demokratisierung der Europäischen Institutionen, z.B. durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments als direkte Vertretung der Bürger*innen, voranzutreiben.

Inwieweit Wagenknecht sich in ihrem Ansinnen eines Europas souveräner Demokratien auf die im folgenden Textabschnitt genannte Logik des Kremls und damit auf ein Abwenden bunter Revolutionen durch Gender-Aktivist*innen und Lifestyle-Linke bezieht, bleibt zu ergründen.

Surkovs „Souveräne Demokratie“

Das auf eine 2005 gehaltene Rede des Chefideologen des Kremls Surkov zurückzuführende Konzept der „souveränen Demokratie“ als politische Identität Russlands verweist auf die Abgrenzung und Konkurrenzfähigkeit Russlands gegenüber dem Westen:

„Die Formel von der ‚souveränen Demokratie‘ entstand als Konzept der Abwehr gegen eine mögliche ‚bunte Revolution‘ in Russland. Inhaltlich versteht es sich als selbstbewusste Abgrenzung des nationalen Demokratiemodells – und das heißt faktisch eines autoritären Systems – vom Typus der ‚westlichen Demokratie‘, die man sich nicht überstülpen lassen will. Im Kern geht es also um den Anspruch auf einen historischen Sonderweg mit eigenen Institutionen, um die Stärkung der Rolle Russlands in der Welt und um die Abwehr jedweder Kritik des Auslands an den innenpolitischen Verhältnissen Russlands.“

(Mommsen 2006: https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/114/surkows-souveraene-demokratie-formel-fuer-einen-russischen-sonderweg/)

Auch Stefan Scholl weist in seiner Analyse des Konzeptes auf die antiwestlichen Affekte hin und stellt in diesem Zusammenhang fest:

„Und hier fängt Surkows Demokratie an, ‚souverän‘ zu werden. ‚Souveränität ist das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit‘, erklärt er – Konkurrenzfähigkeit natürlich gegenüber dem Westen. ‚Nicht dass sie unsere Feinde sind. Nein, sie sind Konkurrenten‘, versichert Surkow. ‚Das ist nichts Persönliches. Sie ziehen dich nur bis auf den letzten Stiefel aus, politisch korrekt, mit allem Respekt.‘ Surkow lässt auch an anderer Stelle anklingen, dass ihm ein echter Feind lieber wäre als solche Konkurrenten. Oder als ‚unsere ausländischen Freunde‘, die demnächst versuchen könnten, auch in Russland eine orangene Revolution anzuzetteln.“

https://internationalepolitik.de/de/demokratie-mit-feindbild

Zwei Nationalismusvarianten

Deutschland 1894, Alldeutscher Verband. Frankreich 1882, Ernest Renan, „Was ist eine Nation“

Zur Einleitung der Diskussion. Von Martin Fochler, München

Das Verfahren von Übertragung von politischer Macht auf Zeit mittels mehr oder auch weniger freier und allgemeiner Wahlen ist weltweit etabliert und ermöglicht einen summarischen Blick auf Verschiebungen der öffentlichen Meinung. Die inhaltliche Ausdeutung dieser Maßzahlen bleibt weitgehend unbestimmt.

Die gegenwärtig gängige Sammelbezeichnung „Populismus“ richtet den Blick auf die Gesinnung der Wählerschaft. Die parallellaufenden Parteibildungsprozesse, die Strategie- und Programmdebatten, die auf dem Weg zu Mehrheit & Macht unumgänglich sind, werden ebenso wie das von diesen Kräften ins Auge gefasste Regierungshandeln eher punktuell skandalisiert als in ihrem strategischen Zusammenhang dargestellt.

Anhand der genannten Quellen wollen wir erörtern, ob bzw. wie weit die offensichtlichen Verschiebungen im Spektrum der öffentlichen Meinung im Traditionszusammenhang des Nationalismus interpretiert werden können, der sich im 19ten Jahrhundert als politisches Konzept der Handhabung zwischenstaatlicher Beziehungen in einer global vernetzten Welt herausgebildet hat. Wir nutzen dazu zwei prägnante Schriften aus der Zeit, in der sich die Konfrontation im Ersten Weltkrieg vorbereitet.

Alldeutscher Verband. Diese Strömung aus dem wilhelminischen Kaiserreich ist als völkischer Nationalismus und Quellgebiet des Nationalsozialismus bekannt. Gebietsansprüche, rassistisch begründetes Vorherrschaftsstreben und erkennbarer Vernichtungswille stechen hervor.

Ernest Renan. Der in der Dritten Republik, die in Frankreich nach der Niederlage Napoleon III. entstand, wirkungsmächtige Autor klingt wie ein Kontrastprogramm zum völkischen Nationalismus und Rassismus. Und doch wirkte Ernest Renan, auch als Antisemit, Islamverächter und Befürworter des Kolonialismus.

Beiden Texten gemeinsam ist eine enge – heute würde man sagen identitäre – Verknüpfung der einzelnen Staatsbürger mit dem Staat, und beiden Texten ist gemeinsam, dass sie die globalen Beziehungen zwischen Staaten, Gesellschaften und Kulturkreisen nur als System von Unter- und Überordnung begreifen können.

Diese Weltsicht hat Bestand und findet Bestätigung, weil die Vorteile, die sich aus zwischenstaatlicher, globaler Kooperation ergeben, zwischen den Beteiligten sehr ungleich verteilt werden können. Das beginnt beim unfairen Deal und geht bis zur Bereicherung der einen bei Verarmung der anderen.

Die Realisierung auf solche Weise erzielter Vorteile bzw. erlittener Verluste erfolgt im Inneren des Staatswesens. Nationalistische Regimes können sich deswegen als Sachwalter öffentlicher Interessen ausgeben.

Das Konzept internationaler Solidarisierung entlang formulierter Klasseninteressen konnte 1914 den Zusammenprall der nationalistisch orientierten Mächte nicht verhindern.

Der Ansatz ermöglichte zwar, Schritte der Emanzipation als globalen Anspruch zu formulieren, zu einem Konzept der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen führte er nicht.

So konnte und kann ein Weltbild fortbestehen, in dem die Möglichkeit der Kooperation zum wechselseitigen Vorteil ausgeblendet bleibt, und dieses Weltbild wirkt doppelt handlungsleitend, auf die Außenbeziehungen und auf die Innenpolitik: Die Idee der geschlossenen Vertretung nach außen drängt nach harter Abgrenzung zwischen „uns" und „den anderen", die im Inneren zur kulturellen Homogenisierung und brutalen Ausgrenzung.

Im Material lag auch noch ein Lexikonauszug zum Stichwort „Wille" vor. Nationalismus jeder Spielart kommt ohne Berufung auf einen „Volkswillen" nicht aus. Wir diskutierten, dass die Übertragung der Kategorie des „Willen" von der Person auf Personengruppen gängig, aber nicht unproblematisch ist. Diese Konstruktion sieht Rücksicht auf Minderheiten nicht vor. In ihrer Logik ist die Beauftragung einer hierarchischen Spitze als Vollstrecker des Volkswillens angelegt und der im NS-Regime vollzogene Übergang zur Bestimmung des Führerwillens als Rechtsquelle naheliegend.

Fazit: Falls es sich bei den gegenwärtig zur Macht strebenden Bewegungen tatsächlich um eine Variante nationalistischer Konzepte handelt, werden diese Extreme über eine Vielzahl von Brücken mit jenen Beständen der politischen Traditionen verbunden sein, die Augenmerk auf Interessenkonflikte richten. Das Gegenbild wäre die Pflicht zu Verständigung mit den anderen, zur Suche nach fairem Vertrag und solidarischer Problemlösung.

Pierre Bourdieu, Über den Staat

Einleitung zu den ausgewählten Ausschnitten. Von Christiane Schneider, Hamburg

Bei dem über 700seitigen Buch handelt es sich um den schriftliche Fassung einer Vorlesungsreihe von 1989 bis 1992, die nach Bourdieus Tod veröffentlicht wurde. Bourdieu sagt dort über seine Herangehensweise: „Sie werden in Büchern mit theoretischem Anspruch unglaublich viele Sätze finden, in denen der Staat das Subjekt ist. Diese Hypostase des Wortes Staat (Vergegenständlichung eines Begriffs, CS) ist alltägliche Theologie. Aus dem Staat das Subjekt von Aussagesätzen zu machen, ist jedoch praktisch sinnlos. Darum mache ich in meinen Sätzen immer Umwege, wenn ich über ihn spreche ... (S. 178f)

Bourdieu bezieht sich auf Max Weber, der den Staat als Monopol der legitimen Gewalt charakterisiert – ergänzt aber die Definition: Und er ist „Monopol der legitimen symbolischen Gewalt". Dabei schlägt er ein „Modell der Genese des Staates" vor, das auf einer einfachen Formel beruht: „Der Staat im engeren Sinne, der Staat 1 (Verwaltung, Regierungsform, Gesamtheit bürokratischer Institutionen usw.) bildet sich, indem er den Staat im weiteren Sinne, den Staat 2, bildet (nationales Territorium, Gesamtheit der durch Anerkennungsbeziehungen vereinten Bürger, die dieselbe Sprache sprechen, die man unter dem Begriff Nation fasst). (...) Strenger formuliert: Die Konstruktion des Staates als relativ autonomes Feld, das eine Macht ausübt, die die Zentralisation der physischen Gewalt und der symbolischen Gewalt bewirkt und somit einen Einsatz von Kämpfen bildet, geht untrennbar einher mit der Konstruktion eines vereinheitlichten sozialen Raumes, der sein Gebiet ist." (S. 223f)

Bei der Untersuchung des Konstruktionsprozesses des Staates stellt er sich die Aufgabe, die „Verantwortlichen für diesen Produktionsprozess" (S. 226) zu beschreiben.

Wir lesen drei kurze Unterkapitel: **Nationale Vereinheitlichung und kulturelle Herrschaft**, S. 281-287, **Konstruktion der Republik und Konstruktion der Nation**, S. 509-511, **Staat und Nation,** S. 601-605

Luhmann, Die Politik der Gesellschaft

Einleitung zum ausgewählten Ausschnitt. Von Christiane Schneider, Hamburg

Was Luhmann genau unter Staat versteht, ist nicht leicht herauszufinden. Seine Ausführungen darüber sind verstreut in verschiedenen Aufsätzen, u.a. in „Soziologische Aufsätze 4", einigen knappe Bemerkungen in seiner Vorlesungsreihe „Einführung in die Theorie der Gesellschaft" und einem Kapitel aus „Die Politik der Gesellschaft", in der er die Genese des Staates abhandelt.

Luhmann kritisiert in seinem Aufsatz über „Staat und Politik" in Soziologische Aufklärung 4 die gängige Staatslehre, die sich mit der Trias „Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt" begnüge, „ohne nach der Einheit dieser Dreifaltigkeit auch nur zu fragen". Wenn man dagegen von der Theorie selbstreferentieller Systeme ausgehe, ermögliche man die Selbstbeschreibung des politischen Systems: „Staat – das ist dann kein unmittelbar zugänglicher Sachverhalt, kein Weltausschnitt, nicht das Volk in Form, nicht eine Menge von Menschen, die in näher anzugebenden Beziehungen (...) zueinanderstehen. Der Staat, das ist die Formel für die Selbstbeschreibung des politischen Systems der Gesellschaft." Die Funktion des politischen Systems ist es, die Fähigkeit zu gewährleisten, kollektiv bindend zu entscheiden. Sein Code ist „Macht", wobei die Verfügung über Polizei und Militär, also physische Gewalt, nur eine Säule der staatlichen Macht ist. Die zweite Machtsäule des modernen, von Luhmann als „Wohlfahrtsstaat" bezeichneten Staates ist die potenzielle Entzugsmacht. D.h. Der Staat ist befugt oder hat die Freiheit, „etwas zu entscheiden und danach durchzusetzen. In diesem Moment", schreibt er in der „Einführung in die Theorie der Gesellschaft" S. 161, „entsteht ein besonderes Medium Macht, basierend auf der Möglichkeit, mit Nachteilen zu drohen ..."

Wir lesen, anders als angekündigt, einen Abschnitt aus dem Kapitel „Der Staat des politischen Systems" aus Luhmanns letztem Buch, „Die Politik der Gesellschaft". Zwar ist der Staat eine „Organisation innerhalb der Politik", die durch Territorialgrenzen definiert ist. Andererseits ist die weltweite Verflechtung weit vorangeschritten. Schon lange ist klar, dass es keine nationale Mathematik, keine nationalen Wissenschaften gibt; es gibt eine Weltwirtschaft, ein internationales Finanzsystems, eine Weltgesundheit, wie uns Corona gerade gelehrt hat usw. Internationale Großprobleme wie die Klimakrise können zwar nur international gelöst werden, die notwendigen Maßnahmen können aber nicht durch eine internationale Zentrale durchgesetzt werden, sondern nur durch die politischen Systeme, die Staaten auf den begrenzten Territorien, aus denen die Welt besteht.

Rechtssystem, Steuerstaat, Gewaltenteilung

Vorbemerkung zu den ausgewählten Texten. Von Martin Fochler, München

Der Hinweis bei Bourdieu, wonach die Juristen den Staat schufen, lässt offen, wer oder was ihnen den Auftrag zu erteilte, wieso nur sie ihn erfüllen konnten und wie die nötigen Mittel aufgebracht werden konnten. Als 1088 zu Bologna die erste Universität – als Rechtsschule – gegründet wurde, hing dies offensichtlich mit dem Bedarf zusammen, weitgespannte Wirtschaftsbeziehungen zu formalisieren und abzusichern. Dabei konnte die gelehrte Juristerei auf erhalten gebliebene Akten römischer Rechtspflege zurückgreifen. Jahrhundertelang aber bleibt die Juristerei zwar Wissenschaft, letztlich aber bloß Zuarbeiter zur politischen Macht der Fürsten. Ein markanter Punkt der Verselbständigung des Rechtssystems ist die Gründung des Reichskammergerichts1495 im alten Kaiserreich, einem geografisch und kulturell sehr weit gestreckten politischen Raum. Die Akten des Reichskammergerichts sind erhalten. Mit der aktenmäßigen Bearbeitung von Fällen ist der Prozess der Rechtsprechung entmystifiziert. Im politischen System wird die Figur des Individuums manifest, der Bürger tritt als Wirtschaftssubjekt auf, kann die Obrigkeiten verklagen, Akte der Rechtsetzung werden überprüfbar, damit ist, wie Luhmann zustimmend zitiert, die soziale Figur des Individuums geschaffen.

Das soziale Interesse kann sich zunächst in einzelnen Klagen äußern. Durch Aggregation gleichartiger Fälle entstehen Bewegungen zwecks Änderung von Gesetzen. Der Untertan wird politisch. Verschwörungen und Parteien entstehen.

Staatsausgabe und öffentliches Interesse. Es stellt sich die Frage wie die differenzierten Systeme der Politik, des Rechts und der Wirtschaft sich aufeinander beziehen können. Die Antwort ist trivial:

Politik und Rechtsprechung werden auf das öffentliche Interesse bezogen, und als Maßzahl des Gelingens / Misslingens dient die Steuerkraft; so scheitern z.B. die Ancien Regimes Europas auch regelmäßig an der Staatsfinanzierung (Beispiel Frankreich, aber auch absolutistisch organisierte Fürstentümer in den deutschen Ländern). Es entsteht die Forderung nach Mitwirkung der Steuerbürger an der Ausgabengestaltung.

Dieses Regulierungssystem ist keine Erfindung der neusten Zeit, es hat seine geschichtlichen Wurzeln in den genossenschaftlichen Momenten der Siedlungsentwicklung, die selbst in ihren schlichtesten Anfängen sachliche Infrastruktur und Nutzungsregeln nötig hat.

Für den Entwicklungsgang hin zur europäischen Stadt ist die Bereitstellung öffentlicher Güter und deren Finanzierung durch Steuern seit den Anfängen verbürgt. Die Erhebung der Steuer erfordert die Ausformulierung des Steuerzwecks, und damit ist das öffentliche Interesse, die Res Publica der Antike, etwas romantisch als Allgemeinwohl benamst, wiedergeboren.

Jahrhundertelang sollte der Streit um Anlass, Art und Umfang der Besteuerung die Diskurse zwischen der zivilen Öffentlichkeit und der politischen Macht prägen.

Die Erfindung der Zuständigkeit: Die konkrete Bestimmung öffentlicher Interessen hängt an den Gegebenheiten des Ortes, der Geografie wie der politischen Kultur. Die Festlegung öffentlicher Aufgaben (und Ausgaben) kann nicht als konkretisierender Vollzug eines allgemeinen Weltplans funktionieren. So wie die einzelnen brauchen auch die Gebietskörperschaften Handlungsräume, in denen sie selbst bestimmen, was zu tun oder zu unterlassen sei.

Diese Notwendigkeit reibt sich mit dem Anspruch der Rechtsetzung auf durchgreifende gleiche Geltung. Eine Bewegungsform dieses Problems ist die Erfindung der Zuständigkeit, die sich z.B. im System der kommunalen Selbstverwaltung betrachten lässt. Es schon gedanklich nicht leicht, die Idee des „Herrschaft des Rechts“ mit Selbstverwaltung zusammen zu denken. Es ist ein offener, konfliktreicher Prozess, dessen Stabilisierungen sich praktisch ergeben. Ich schlage vor, einen entsprechenden Auszug aus dem Deutschen Rechtslexikon (siehe Literaturliste, S. 2) gemeinsam zu lesen. – In diesen Ausführungen zur Selbstverwaltung sehen wir, dass die übergeordneten politischen Instanzen sich in konkret bestimmten Fällen des Durchgriffs enthalten müssen, wir sehen aber auch, dass letzten Ende eine zentralisierende Wirkung über die Rechtsprechung und die Befugnis der politischen Macht zu zwingen erreicht wird.

Während die Freiräume der Selbstverwaltung unter dem einheitlichen Dach einer – letzten Endes – durchgreifenden einheitlichen Rechtsordnung gedacht werden können, scheitert diese schöne Vorstellung am Phänomen der Grenzen, die Rechtsräume voneinander trennen.

Das Nebeneinander von in sich konsistenten Rechtssystemen bringt Juristen an den Rand ihres Fachverstandes. Es ist z.B. logisch nicht zu erklären, warum in Großbritannien das Links- und auf dem Kontinent das Rechtsfahrgebot gilt. Dramatische Probleme treten auf, wenn sich zum Beispiel familienrechtliche Konfliktparteien auf verschiedene Rechtsordnungen beziehen.

In den nächsten Abschnitten unserer Tagung werden wie diskutieren, ob und wie dieser Prozess übergreifender Regelsetzung bei Gewährleistung von Selbstbestimmung / Selbstverwaltung Chancen linker Politik birgt.

(Konzept für den Vortrag, redaktionell überarbeitet)

EU-Vertrag und Souveränität der Mitgliedstaaten

Einleitung zu den ausgewählten Texten (siehe S. 2). Von Michael Juretzek, Bremen

Die EU ist eine „Union der Völker Europas“, die ihre Ziele und Funktionsweise in dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegt hat. In ihnen sind die Ziele der Union, ihre orientierenden Werte, die Struktur ihrer Institutionen und ihrer Verhältnisse zueinander aufgeführt. Zuerst 1992 in Maastricht beschlossen, wurden sie 1997 in Amsterdam, 2001 in Nizza bis zu ihrer heutig gültigen Fassung, beschlossen 2007 in Lissabon, geändert. Der Versuch, beide Verträge zu einer Verfassung für Europa zusammenzulegen, scheiterte an den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005. Die Lissaboner Verträge konnten erst im Dezember 2009 in Kraft treten, nachdem Irland ihnen in einem zweiten Referendum zustimmte.

Oberstes „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ (Art. 3(1) EUV). Dafür wahren alle Mitglieder die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedstaaten, versichern ihre militärische Beistandspflicht (Art. 42(7) EUV) und entwickeln eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bietet ihren Bürgern „einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen“ (Art. 3(2) EUV), errichtet einen Binnenmarkt, der auf eine „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ mit Preisstabilität, Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt abzielt (Art. 3(3) EUV). „Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz …“ (Art. 3(3) EUV).

In der Verwirklichung ihrer Ziele, verfolgt durch den Rat, die Kommission und das Europäische Parlament, lässt sie sich leiten von den Prinzipien der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, der Subsidiarität (Hilfestellung) und der Verhältnismäßigkeit.

Im Spannungsfeld zwischen Handlungsfähigkeit und demokratischer Legitimation, zwischen starken und weniger starken Wirtschaften, zwischen großen und weniger großen Bevölkerungen beinhalten die Verträge ein sensibles, teilweise interpretierbares Regelwerk für die Gültigkeit von Beschlüssen. Die ursprüngliche Pflicht zur Einstimmigkeit weicht immer mehr dem Prinzip der qualifizierten Mehrheit. Im Rat der Regierungs- und Staatschefs werden zunehmend Entscheidungen mit der sogenannten doppelt qualifizierten Mehrheit gefasst:

55% der Mitgliedstaaten (15 von derzeit 27), die mindestens 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen zustimmen.

Die 14 größten Länder können nicht majorisieren, obwohl sie 90% der Unionsbürger repräsentieren, und die 23 kleinsten Mitgliedstaaten können nicht majorisieren, obwohl sie die eindeutige Mehrheit der Länder repräsentieren.

Darüber hinaus gibt es ein Vetorecht von mindestens 4 Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang wird auch von der „dreifach qualifizierten Mehrheit“ gesprochen.

Die heftigsten Auseinandersetzungen innerhalb der EU kreisen um die Frage der Zuständigkeit und ihre demokratische Legitimation. Die Politikwissenschaftler Hofmann und Wessels sehen darin einen permanenten Konflikt zwischen dem „Problemlösungsinstinkt“ und dem „Souveränitätsreflex“ (Andreas Hofmann/Wolfgang Wessels „Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon).

„Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EUROPÄISCHE UNION, der die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen“, heißt es gleich im Art. 1 EUV. Welche Zuständigkeiten ausschließlich der EU zugestanden werden, welche sie sich mit den Mitgliedsländern teilen, für welche sie unterstützend tätig werden dürfen und in welchen sie eine Sonderstellung hat, sind in den Verträgen festgelegt.

Das Dokument der Europäischen Kommission gibt eine kleine juristische Einführung und eine Übersicht über die Zuständigkeiten.

Die „Friendly Relations Declaration“ von 1970

Deutsch: „Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen“

Von Ulli Jäckel, Hamburg

Am 24. Oktober 1970 beschloss die UN-Generalversammlung nach mehrjährigen Verhandlungen die „Friendly Relations Declaration“ (Resolution 2625 (XXV)). Diese gilt neben der „Aggressionsdefinition“ (Resolution 3314 (XXIX) vom 14. 12. 1974) als wichtigste Konkretisierung des in der UN-Charta Artikel 2, Absatz 4 festgelegten Gewaltverbots.

Sie beschloss „zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen“ folgende Grundsätze:

a) dass die Staaten in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen;
b) dass die Staaten ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beilegen, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden;
c) die Pflicht, im Einklang mit der Charta nicht in Angelegenheiten einzugreifen, die zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören;
d) die Pflicht der Staaten, im Einklang mit der Charta miteinander zusammenzuarbeiten;
e) den Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker;
f) den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten;
g) den Grundsatz, dass die Staaten die Verpflichtungen, die sie gemäß der Charta übernommen haben, nach Treu und Glauben erfüllen.

In Artikel 13 der UN-Charta wird der Generalversammlung die Aufgabe gestellt, Untersuchungen zu veranlassen und Empfehlungen zu geben, „um die internationale Zusammenarbeit auf politischem Gebiet zu fördern und die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu begünstigen“.

Ab 1960 kam es in dem dafür zuständigen 6. Ausschuss der Generalversammlung zu vermehrter Kritik der sozialistischen Länder und der zunehmenden Zahl der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten in der Generalversammlung. (Allein 1960 wurden 16 afrikanische Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen).

Der sowjetische Delegierte Morosow brachte dies so zum Ausdruck: „Die Gründe für diese beunruhigende Situation waren nicht technischer, sondern politischer Natur. Der Vorschlag, die Aggression zu definieren, war in der Internationalen Kommission und im Sechsten Ausschuss von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten abgelehnt worden, damit sie ihre Aggressionspolitik in Korea, Ägypten, China, im Kongo, in Algerien und anderswo fortsetzen konnten, und dieselben Mächte versuchten zu verhindern, dass Grundsätze, die den Kolonialismus kategorisch verurteilen und das Recht aller Völker auf Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen nach eigenem Ermessen proklamieren, in die Menschenrechtspakte aufgenommen werden. Auf diese Weise wurde die Bedeutung des Völkerrechts ignoriert, und der Sechste Ausschuss erfüllte nicht mehr seine eigentliche Funktion.“

Mit dem wachsenden Gewicht der ehemals kolonisierten Länder (die UN, die von 49 Staaten gegründet wurde, hatten 1950 60 Mitgliedsstaaten und wuchs über 99 1960 auf 127 Mitgliedsstaaten 1970 an) gelang es, 1963 einen Spezialausschuss von zunächst 28, ab 1966 31 Staaten einzusetzen, der in sechs Verhandlungsrunden von 1964 bis 1970 die Resolution erarbeitete. Es handelte sich dabei um intensive, heftige und außerordentlich weitreichende Verhandlungsrunden mit unzähligen Vorschlägen, Änderungsanträgen und Gegenvorschlägen zu den sieben Grundsätzen, deren Inhalt und Reichweite äußerst umstritten war. Die Diskussionen fanden vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten statt und thematisierten unter anderem den Vietnamkrieg, die Kongo-Krise, den Biafra-Krieg, den Arabisch-Israelischen Krieg von 1967 und die portugiesischen Kolonialkriege in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik. Besondere Bedeutung hatte für die Verhandlungen auch die Erklärung der Generalversammlung zur Gewährung der Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker (Res. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960).

Für die neuen unabhängigen Staaten bedeuteten die Verhandlungen, wie der beteiligte ägyptische Jurist Abi-Saab 1962 bemerkte, „die Transformation von sehr großen Teilen

des Globus, vor allem in Afrika und Asien, von Objekten zu Subjekten des internationalen Rechts“, das bis dahin unzweifelhaft seinen Ursprung im „christlichen Commonwealth von Europa“ gehabt habe.

Mit der Erklärung von 1970 habe die Dritte Welt einige wichtige Punkte erreicht, argumentiert Abi-Saab 1973 und verweist insbesondere auf die „erstmalige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts als Rechtsanspruch durch den Westen“, die „weite Definition des Grundsatzes der Nichteinmischung, die auch politischen und wirtschaftlichen Druck einschließt“, und die ausdrückliche Formulierung des Verbots des gewaltsamen Gebietserwerbs und der Verpflichtung, diesen nicht als gültigen Rechtstitel anzuerkennen.

Nichtsdestoweniger musste die Dritte Welt im Streben nach konsensualer Verabschiedung der Resolution in der Generalversammlung auch einige Kompromisse mit den Staaten des „Westens“ eingehen. Dazu nur einige Beispiele:

Die Formulierung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung – das Recht eines jeden Volkes und Staates, die natürlichen Ressourcen seines Territoriums zu besitzen und auszubeuten, ungeachtet der Vereinbarungen aus der Kolonialzeit – fand keinen Eingang in die Erklärung über freundschaftliche Beziehungen, in der die souveräne Gleichheit bekräftigt wurde, geschweige denn in die ersten Andeutungen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Diese Forderung wurde von fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten und privaten Investoren stets mit Verachtung gestraft. Aber in den 1960er Jahren schien die Behauptung der dauerhaften Souveränität über natürliche Ressourcen wie ein bahnbrechender Einsatz des Völkerrechts zur Förderung postkolonialer Ziele zu sein.

Ein weiteres Beispiel ist die Auseinandersetzung über den Begriff „force“ (Macht, Gewalt): Einerseits versuchten die meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, den Begriff auf „bewaffnete Gewalt“ zu beschränken, wobei darunter sowohl konventionelle bewaffnete Angriffe als auch die Begehung terroristischer Handlungen und die Aufstachelung zu Unruhen in anderen Staaten verstanden wurden. Andererseits versuchten die meisten sozialistischen und blockfreien Staaten, den Begriff zu erweitern, um wirtschaftliche, politische und andere Formen zu erfassen. Dies würde den Zielen der UN-Charta entsprechen und die Weiterentwicklung des internationalen Rechts befördern und wäre außerdem in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Bandung-Konferenz von 1955 und den Grundsätzen der Nichtpaktgebundenen Bewegung und der UN-Resolution 2131(XX) von 1965, die den Einsatz von ökonomischen, politischen oder anderen Maßnahmen zur Ausübung von Zwang gegenüber anderen Staaten verbietet.

Die Vertreter der Ersten Welt wollten die legitime Gewaltanwendung begrenzen auf durch UN-Organisationen autorisierte Fälle und das Recht auf Selbstverteidigung, das allerdings auch regionalen Organisationen wie der Nato zustehen sollte. Die Länder der Dritten Welt forderten hingegen das Recht der Völker zur Selbstverteidigung gegen koloniale Beherrschung in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, was von Seiten der Ersten Welt abgelehnt wurde, da Dekolonisierung und Selbstbestimmung keine bewaffnete Rebellion rechtfertigen würden.

Samuel Moyn und Umut Öszu unterteilen die Prinzipien der Deklaration in zwei Gruppen: Die erste umfasst Nichtintervention, souveräne Gleichheit und Verbot des Gebrauchs oder der Androhung von Gewalt. Diese spielten vor allem für die neuen unabhängigen Staaten der Dritten Welt eine Rolle, um ihre Unabhängigkeit gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten zu behaupten.

Vereinte Nationen A

Generalversammlung

A/RES/2625 (XXV)
24. Oktober 1970

2625 (XXV). Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen

https://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar2625.pdf
Die Fassung des Douments in deutscher Sprache, (8 Seiten DIN A4)

ELEKTRONISCHES DOKUMENTENARCHIV

https://documents.un.org/prod/ods.nsf/home.xsp
Suchportal. Aktenzeichen A/RES/2626, Originaldokument von 1970.

Die zweite Gruppe von Prinzipien besteht aus zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, friedlicher Konfliktbeilegung und Zusammenarbeit in Treu und Glauben nach den Verpflichtungen der UN-Charta. Diese Prinzipien waren mit dem Wunsch verbunden, die internationale Zusammenarbeit zu vertiefen, und vermehrt solidarisch in einer internationalen Ordnung zusammenzuwirken, die bis dato in anarchischen Begriffen definiert worden war. Die Dekolonisierung warf das Problem auf, ob die Übernahme von Macht- und Autoritätsinstrumenten innerhalb eines internationalen Rechtssystems, das auf Ausbeutung und Unterordnung ausgerichtet war, die Umwandlung dieses Systems in ein System der Zusammenarbeit, der Koordinierung und möglicherweise sogar der kollektiven Emanzipation erleichtern könnte.

Der schon zitierte ägyptische Jurist Georges Abi-Saab zieht 50 Jahre nach der Verabschiedung der „Friendly Relations Declaration“ eine gemischte Bilanz:

„Der gegenwärtige internationale Kontext scheint ungünstig für die Verwirklichung der in der Erklärung dargelegten Prinzipien, von denen einige nun offen in verschiedenen Formen herausgefordert werden, sei es durch ungesetzliche Gebiets-Annexionen, gezielte Tötungen, Cyberattacken oder andere Formen von Interventionen. (...) Die zwei Logiken bleiben aktuell bedeutsam: Die klassische Logik hat Ausdruck gefunden in der ausschließenden und egoistischen Politik einiger Staaten auf militärischem und ökonomischem Gebiet, die das Wesen des internationalen Rechts zur Zusammenarbeit zurückweisen und auf die Errichtung ihre Hegemonie zielen. Aber die Logik der Zusammenarbeit hat auch machtvollen Ausdruck gefunden in den erneuten Forderungen gegen Ungleichheit und der Akkumulation von ausreichend normativer Substanz für die Formulierung von ausgereiften Prinzipien zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt, welche zum Zeitpunkt der Erklärung bloße Felder der Zusammenarbeit waren. (...)

Wir beobachten auf der einen Seite einen starken zentripetalen Druck zu kollektiven globalen Antworten auf Herausforderungen wie Pandemien, globaler Erwärmung und transnationalem Terrorismus. Auf der anderen Seite sehen wir den Zug von zentrifugalen atavistischen Reflexen, auf sich selbst zurückzufallen, in der Hoffnung, dadurch besser dazustehen, wenn auch auf Kosten der anderen. Doch, um auf eine Definition des allgemeinen Rechts zurückzugreifen, endet die Menschheit gemeinhin damit, ‚in die Weisheit zu stolpern‘, aber nicht, ohne die Alternativen erschöpft zu haben.“

Literatur: **Jorge E. Vinuales (Hrsg.),** The UN Friendly Relations Declaration at 50, Cambridge.2020. Darin unter anderem die Aufsätze von Abi-Saab und Samuel Moyn/ Umut Öszu **Ulrich Scheuner,** Zur Auslegung der Charta durch die Generalversammlung – Die Erklärung über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit der Staaten. Vereinte Nationen 26 4/78, S. 111–117 **Bardo Fassbender,** Die souveräne Gleichheit der Staaten – ein angefochtenes Grundprinzip des Völkerrechts, APuZ 43/2004, S. 7–13

Links in Europa: Wahlprogramme und Positionen linker Parteien zu den Europawahlen 2024

Von Eva Detscher, Rolf Gehring, Matthias Paykowski

Wir wollen der Frage nachgehen, in welchen Politikfeldern und zu welchen konkreten Initiativen und Rechtsetzungsprozessen die buntscheckige Gruppe (oder Fraktion) „Die Linke im EU-Parlament – GUE/NGL“ in der nächsten Legislaturperiode zum einen gemeinsame Sichtweisen und Standpunkte formulieren, zum anderen aber auch Bündnisse in Richtung der anderen Parteifamilien versuchen kann.

Im Vorfeld der Winterschule hatten wir versucht, Programme für die kommenden EU-Wahlen von den aktuell in der Parteifamilie „Die Linke“ vertretenen 19 Parteien und Gruppierungen des EP zu erhalten, um einen Eindruck von den Positionierungen und möglichen gemeinsamen Standpunkten und Initiativen für die nächste Legislaturperiode zu bekommen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass in der nun auslaufenden Legislaturperiode des Parlaments immer wieder deutlich wurde, dass zu inhaltlichen Fragen die Standpunkte weit auseinanderlaufen (siehe auch „Vorwärts ohne Gleichschritt“[1]). Die Rückmeldungen auf unsere Anfrage waren beschränkt, einiges ist aber doch eingetroffen. Namentlich erhielten wir Rückmeldungen aus Belgien, Frankreich, Irland, Schweden, Spanien und Tschechien.[2]

Erwartungsgemäß haben wir kaum Wahlprogramme erhalten. Die meisten Parteien haben diese noch nicht verabschiedet. Das Studium der vorhandenen Dokumente bestätigt, dass die Beurteilungen der EU durch die verschiedenen Linksparteien, vor allem aber die Positionierungen zu konkreten Politikbereichen und aktuellen Auseinandersetzungen (international und europäisch) stark divergieren. Auffällig sind auch grundsätzliche Unterschiede in den Politikstilen und Orientierungen. Hat beispielsweise die PVDA (Belgien) stark harmonisierende Vorstellungen, also allgemeine Feststellungen über das Gute und kaum konkrete Ziele, was in Europa gelten soll, beschreibt die Linkspartei (Schweden) stärker aktuelle EU-Politiken und ihre Auswirkungen konkret auf Schweden. In der Konsequenz schlagen die schwedischen Linken dann vor, wie allgemeine Zielstellungen unter den schwedischen Bedingungen umzusetzen sind, etwa besondere Strompreise für den inneren schwedischen Markt, oder warum sie gegen die Ausgestaltung bestimmter Politikbereiche durch die EU eintreten. (Siehe auch die Vorstellung des Programms von Sinn Féin). Teils werden auch (zum Beispiel Izquierda in Spanien) Forderungen aus dem eigenen Land einfach auf die europäische Ebene übertragen.

Weitgehend einheitlich ist dagegen der Ruf nach einer anderen EU, wenn nicht gar nach Austritt, wie es im Positionspapier der tschechischen Kommunisten aufscheint. Nicht durchgängig, aber häufig, wird die EU als nicht demokratisch, von den Konzernen beherrscht, als Maschine der Europäischen Kommission beschrieben. Aus unserer Sicht wird diese Zuspitzung dem Stand der EU nicht gerecht, weder was die konkrete rechtliche Ausgestaltung in vielen Politikbereichen noch was die Frage der Politikgestaltung, also Teilhabe und Lobbyismus, angeht.

Das Programm der Partei Die Linke in Deutschland steht unter dem Motto: „Wer Europa will, muss es den Rechten und Konzernen nehmen.“ Umverteilung als Generalschlüssel für einen Großteil der wahrgenommenen Probleme – dies ist auch ein wenig der Tenor in den meisten Dokumenten, die wir von anderen Parteien erhalten haben. Kaum jemand lässt sich auf

Frankreich: „166 Vorschläge, um auf soziale, ökologische und demokratische Dringlichkeiten zu reagieren“

Matthias Paykowski. Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung 2022 hatten sich die Parteien links der Mitte – Grüne, Sozialisten, Kommunisten und Insoumise im Bündnis NUPES zusammengefunden. Zu den Europawahlen 2024 wird es keine gemeinsame Kandidatur geben. Neben inhaltlichen Differenzen besteht die Aussicht, dass bei einer Kandidatur jeder Partei für sich, mehr Sitze im Europaparlament gewonnen werden können als mit einer gemeinsamen Kandidatur. Im Juni 2023 haben Mitglieder aus den Jugendorganisationen der an NUPES beteiligten Parteien, gemeinsame Vorstellungen zur Europawahl 2024 veröffentlicht: „166 Vorschläge, um auf soziale, ökologische und demokratische Dringlichkeiten zu reagieren.“

Hier Auszüge zu Krieg und Frieden und zur Rolle der internationalen Institutionen:

„Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Das ist das Scheitern des historischen Projekts, auf dem europäischen Kontinent dauerhaften Frieden zu schaffen. Die Suche nach Frieden muss eine treibende Kraft für die Europäische Union sein. Europa muss der Stimme des Friedens in der Welt und in den internationalen Institutionen Gehör verschaffen. Es muss das Ideal eines von Kriegen, Spaltungen und Konfrontationen befreiten Europas tragen. Die Europäische Union muss das Ideal einer internationalen Gemeinschaft verkörpern, die auf dem Respekt und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern beruht. (...)

Die Europäische Union hat es verstanden, die russische Invasion in der Ukraine gemeinsam zu verurteilen. Die groß angelegte Militäraggression, die Wladimir Putins Russland im Februar 2022 gegen die Ukraine unternahm, hat die europäische Sicherheitsarchitektur grundlegend verändert. Es wurden ganz neue Entscheidungen getroffen, um den Widerstand der Ukraine insbesondere durch umfangreiche Haushalts- und Militärhilfe zu unterstützen. Die Europäische Union bekräftigt damit, dass die Achtung von Grenzen, gleich welcher Art, eine Grundvoraussetzung für ein internationales Leben ist, in dem die Diplomatie und die Vereinten Nationen entscheiden und nicht Waffen und Gewalttaten. Wenn wir selbst unabhängig sein wollen, ist es in unserem Interesse, dass die Grenzen entweder unantastbar sind oder sich nur nach abgestimmten, akzeptierten und kontrollierten Verfahren bewegen.

Diplomatie und Zusammenarbeit sind die Instrumente, die den Frieden garantieren. Die Stärkung der Diplomatie in Verbindung mit den Vereinten Nationen und der europäischen militärischen Zusammenarbeit ist notwendig, wenn wir in der Welt die Grundrechte, die Demokratie und die Freiheit der Völker, über sich selbst zu bestimmen, verteidigen wollen. Erinnern wir uns daran, dass die Vereinten Nationen selbst trotz ihrer Unzulänglichkeiten das einzige legitime, weil universelle Organ bleiben, um die kollektive Sicherheit auf globaler Ebene zu gewährleisten.“

(Eigene Übersetzung mit Unterstützung von DeepL.com)

Quelle: https://jeunesnupes.fr/programme/

* Mit fünf Abgeordneten ist die Partei DIE LINKE 2019 ins Europäische Parlament eingezogen. Mit dem nahenden Ende der Legislaturperiode ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und einen Blick auf die verbleibenden Monate bis zur Wahl einer neuen EU-Volksvertretung im Juni 2024 zu werfen. Was haben die linken Parlamentarier:innen auf europäischer Ebene bewirkt? An welchen Themen werden sie weiter arbeiten? Und was bedeutet ihre Arbeit ganz unmittelbar für die Menschen in Bund, Ländern und Kommunen? Dazu gibt diese „Info Europa" Auskunft.

https://die-zukunft.eu/wp-content/uploads/2023/11/Info-Europa-Bilanz-11.2023.pdf

Verwendete Literatur: 1 Vorwärts ohne Gleichschritt. Cornelia Hildebrandt / Uwe Sattler (Hrsg.) VSA 2023 **2** Diverse Dokumente von Linksparteien aus Belgien, Frankreich, Irland, Schweden, Spanien und Tschechien **3** Info: LINKS in Europa. Herausgegeben von DIE LINKE. im Europaparlament – November 2023. **Link siehe oben.**

haushaltspolitische Fragestellungen ein. Hier vermitteln die Programme den Eindruck, Geld sei genug da. Auch die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, also welche Produktionen und Industrien Zukunft haben und auf welcher Basis, also wo Bedarfe bestehen, welche Produktentwicklungen möglich und förderungswürdig sind, welche bestehenden wirtschaftlichen Strukturen in den Regionen den Ausgangspunkt bilden, welche technischen Entwicklungen möglich und nötig sind, wie wirtschaftliche Kooperationen zwischen den Regionen und in der Forschung ausgebaut werden können – diese und andere Fragen rund um die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung werden kaum oder nicht reflektiert. Der Fokus liegt hier eher auf politischen Imperativen und Zielvorstellungen – der europäische Green Deal, eine autonome europäische Industrie, Energieautarkie.

Beim Ruf nach mehr Rechten und Zuständigkeiten für die Nationalstaaten, den einige Parteien erheben, zeigt sich

a) regelmäßig eine national eingefärbte Sicht auf die dargestellte Ausgangslage und die aktuelle oder erwartete EU-Politik in den jeweiligen Politikbereichen, die entweder zu den eigenen Zielstellungen passt oder nicht passt. Passt es nicht, folgt der Ruf, das solle national entschieden werden. In gewisser Weise spiegelt dies die Erfahrung, die wir mit den Kalenderblättern gemacht haben, dass unterschiedliche historische Entwicklungswege in einzelnen Politikbereichen nicht einfach zu harmonisieren sind, also eher Vorsicht geboten ist und
b) aber auch die ungeklärte Frage der konstitutionellen Weiterentwicklung der EU, sowohl im Bereich der Zuständigkeit als auch bezüglich der Mehrheitsentscheidungen.

Bezüglich der Ausgestaltung konkreter Politikfelder ist ein Blick zurück ergiebiger als die erhaltenen Dokumente. Noch im November haben die fünf Abgeordneten der Partei Die Linke ein 20-seitiges Info mit dem Titel „Links in Europa" [3] herausgegeben. Es gibt einen Überblick über die Arbeit und die Initiativen der fünf Abgeordneten. Es ist damit dicht an konkreten Rechtsetzungsprozessen und politischen Debatten innerhalb der EU. Auch hier der Tenor: Wir brauchen eine andere EU, nehmt sie den Reichen und Konzernen. Allerdings mischt sich dieses, man könnte fast sagen Bekenntnis, mit anderen Tönen: „Die Linke steht für eine demokratische und friedliche, weltoffene

Sinn Fein – Wahlprogramm für die EP-Wahl 2019

Im Wahlprogramm von Sinn Fein für 2019 spielten die Forderungen zum Brexit und den Abkommen mit der EU eine wichtige Rolle, da zu jenem Zeitpunkt der Brexit noch nicht vollzogen worden war. Das gesamte Programm war eine Ansprache an die Bevölkerung der Republik Irland, dass die Arbeit der Sinn Féin in der EU auf die Unterstützung des Ziels „ein einheitliches Irland" ausgerichtet ist. Über die Wahlperiode 2015 bis 2019 fasst die Vorsitzende Mary Lou McDonald zusammen: „Vier starke Sinn Féin-Europaabgeordnete reisten nach Europa, um für irische Interessen zu kämpfen."

Konkretisiert werden u.a. folgende Themen:

– „Wir wollen den ländlichen Raum in Irland unterstützen und keine Gemeinde zurücklassen."
– „Die Gemeinsame Fischereipolitik muss reformiert werden, um unsere Ozeane, unsere Fischer, die lokale Wirtschaft und die Küstengemeinden zu erhalten."
– „Die Sinn Féin Europaabgeordneten lehnen den Vorschlag der Kommission ab, durch die Plünderung der Mittel für die regionale Entwicklung in die Militarisierung zu investieren. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass die Interreg- und Peace IV-Finanzierung für den Norden und die Grenzregionen nach dem Brexit erhalten bleibt."
– „Während wir auf dem Recht jedes Mitgliedstaates bestehen, sein eigenes Steuersystem zu bestimmen, erkennt Sinn Féin die Notwendigkeit von EU- und internationalen Vereinbarungen an, um die Steuervermeidung durch die reichsten Unternehmen der Welt zu beenden. Sinn Féin setzt sich dafür ein, dass die größten multinationalen Unternehmen ihre Umsätze, Gewinne und gezahlten Steuern länderspezifisch offenlegen. Wir fordern auch, dass die irische Regierung ihre teure und verschwenderische Berufung gegen die Kommission im Fall Apple aufgibt."
– „Sinn Féin ist gegen PESCO (die 2017 gegründete gemeinsame strukturierte Zusammenarbeit bzgl. Sicherheit und Verteidigung) und dagegen, dass irische Gelder zur Finanzierung von Unternehmen verwendet werden, die Waffen exportieren und Konflikte in der ganzen Welt anheizen."
– „Wir werden uns für ein verbindliches „Soziales Fortschrittsprotokoll" zum EU-Vertrag einsetzen, um zu gewährleisten, dass die Lohn- und Beschäftigungsbedingungen nicht durch Urteile des EuGH untergraben werden können."
– „Die EU-Agenda der Gebühren und Privatisierung muss ein für alle Mal beendet werden. Das Sinn Féin Team von Europaabgeordneten hat hart gearbeitet, um die Subsidiarität in der Wasserwirtschaft zu gewährleisten und Irlands Ausnahmeregelung für Wassergebühren zu konsolidieren."
– „Wir werden uns den Bemühungen der EU widersetzen, einen außenpolitischen Ansatz zu entwickeln, der die nationale Souveränität, das Völkerrecht und die Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte untergräbt."

Mittlerweile gibt es nur noch einen Sinn-Féin-Abgeordneten in Europaparlament, 3 weitere, die der Fraktion „The Left" im EP angehören, sind von den beiden Parteien „Independents 4 Change" und „Independent". Erstere ist seit 2014 als Partei in Irland tätig, die zweite, „Independent", wurde am 8.11.2023 gegründet und sagt über sich selbst: „Wir sind nicht nur eine Partei für den ländlichen Raum, sondern auch für Menschen in den Städten ... Wir wollen die Menschen aus allen Bezirken (Irlands) zusammenbringen (mit einem Plan zur Einführung einer angemessenen Infrastruktur und von Investitionen im ganzen Land). .... Wir wollen die Partei sein, die diejenigen Wähler anzieht, die nicht für Fine Gael oder Fianna Fáil, aber auch nicht für Sinn Féin stimmen wollen. Wir sehen uns als eine echte Alternative zu den [großen drei] Parteien".

(Zitate nach der Irish Times vom 10. November 2023), *Übersetzungen mit DEEPL*

und solidarische EU.“ Also eine positive Grundhaltung zur EU.

Das Info ist Selbstdarstellung und Werbung, von daher verständlich, dass die eigenen Erfolge hervorgehoben werden. Es fällt aber doch schon auch auf, dass dort, wo eigentlich die Erfolge durch und mit anderen grundgelegt oder erreicht wurden, dennoch ein Sternchen an die eigene Brust geheftet wird. Leider eine Kultur, die sich auch bei anderen linken Parteien (in den erhaltenen Dokumenten) findet. Da werden Ergebnisse des politischen Aushandlungsprozesses als Erfolge der eigenen Person dargestellt, obwohl doch meist viele (andere Parteien im EP, NGOs, Gewerkschaften usf.) an den Verhandlungen, dem Ergebnis und oft auch dem Ins-Spiel-Bringen der ursprünglichen Forderung beteiligt waren oder es parallel unterstützt haben. Im Zweifelsfall wirkt diese Form der politischen Enteignung eher abschreckend auf potentielle Bündnispartner und stellt aber vor allem ein vernebeltes Bild des Aushandlungsprozesses auf europäische Ebene dar. Und es wird nicht der Eigenwert dieser Art von Aushandlungsprozessen erkannt. Da das EP anders funktioniert als nationale Parlamente, die mit dem Modell Regierung und Opposition eine spezifische Praxis der Beschlussfassungen ausüben, müsste eigentlich die spezifische Arbeitsweise des EP mit einerseits fraktionsübergreifenden Abstimmungsverhalten, andererseits mit konstruktiver oder sogar initiativer Beteiligung außerparlamentarischer europäischer Akteure in den Mittelpunkt gestellt werden. Es stünde einer Linken im EP gut an, genau diese politischen Aushandlungsprozesse in den Vordergrund zu rücken und sich damit auch als erkennbar verlässliche Gruppe im EP zu erweisen – und nicht immer das Damoklesschwert zu schwingen: „Für eine andere EU“.

Dieses Defizit in der politischen Kultur betrifft auch die Beteiligungsmöglichkeiten in der EU, ihre Darstellung und ihre Nutzung bzw. Nichtnutzung. Da wird weiter munter das Demokratiedefizit und die Dominanz der Konzerne beklagt, anstatt sich auf die Möglichkeiten einzulassen und zu überlegen/vorzuschlagen, dass und wie in der nächsten Legislaturperiode diese Beteiligungsmöglichkeiten besser bekannt gemacht und genutzt werden können.

Das EP kann Initiativberichte verabschieden, begrenzt auch legislative Initiativberichte (Asbest war so ein Bericht), der WSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) und das Komitee der Regionen können ebenfalls Stellungnahmen abgeben und Initiativberichte verabschieden.

Die Kommission muss für jegliche Initiative Konsultationen durchführen, im Wesentlichen öffentliche Konsultationen, an der sich alle EU-Bürger beteiligen können. Hierzu könnte Beteiligung auf allen Ebenen mobilisiert werden, etwa gewerkschaftliche Strukturen oder Betriebsräte, wenn es um Fragen der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen geht. (z. B. EBR-Richtlinie). Dies geschieht nach unserem Kenntnisstand bisher nicht oder kaum.

Parallel dazu gibt es die kommunalen, regionalen, grenzüberschreitenden spezifischen Arbeitszusammenhänge, in den Myriaden von politisch arbeitenden Menschen – bezahlt oder ehrenamtlich, als EU-Angestellte oder in NGOs – permanent Atem in den Organismus EU pumpen. Gleichfalls über verschiedene EU-Programme, die nicht auf rechtliche Harmonisierung oder Zuständigkeit der EU ausgerichtet sind, sondern einfach grenzüberschreitende Kooperation und Austausch fördern. Da gibt es viel Europa, das gar nicht in den Blick genommen wird. Das fällt oft hinten herunter gegenüber z.B. separatistischen Strömungen wie etwa in Katalonien („Solidarität“ ruft hier z.B. Sinn Fein) oder befriedende Lösungen wie bspw. in Zypern oder Südtirol, Minderheiten wie die Dänen in Deutschland oder die Sorben. Was die Fragen internationaler Politik betrifft, klaffen die Positionen sehr weit auseinander. Setzen sich beispielsweise die Schweden für eine weitere humanitäre und militärische Unterstützung der Ukraine ein, fordert Izquierda Unida die Einstellung jeglicher Unterstützung des „reaktionären Regimes“ in der Ukraine.

Gemeinsame Positionierungen der Parteifamilie sind wohl am ehesten im Bereich der Sozialpolitik, der Arbeitsbeziehungen, der Steuerpolitik, der Arbeitsmarktpolitik möglich, oder in Bereichen, die in den Programmen eher nicht in den Vordergrund gerückt worden sind, etwa der Bildungspolitik. Aber auch bei sehr strittigen Gegenständen wie dem Ukrainekrieg sind gemeinsame Initiativen denkbar, wenn die Konkretisierung politischer Initiativen in den Mittelpunkt gerückt wird. (Siehe Dokument von der NUPES-Jugend in Frankreich, S. 12).

Und noch ein Hoffnungsschimmer: Die teils schwache Operationalisierung der Papiere kann für die laufende Legislaturperiode auch den schließlich glücklichen Effekt haben, dass konkrete Initiativen aus den verschiedenen zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen von der Parteifamilie daher leichter aufgenommen und gemeinsam vertreten werden könnten.

Die Arbeit an der Übersicht der Parteiprogramme soll fortgesetzt werden, auch vor dem Hintergrund, dass eine Reihe der von uns angesprochenen Parteien Interesse an den Ergebnissen unserer Arbeit formuliert haben.

Extreme Rechte auf dem Vormarsch in Europa

Einführungsbeitrag. Von Rosemarie Steffens

Fraktionen der Konservativen und extrem Rechten im Europaparlament:

EKR (Europäische Konservative und Reformer) – 67 EU-Abgeordnete. Z.B. PIS, Fratelli d’Italia, Forum voor Democratie (NL), SNS (Slowenien), PVV (NL), VOX (Spanien), Deutsche Familienpartei, Ellyniki Lysi (Griechenl.)

ID (Identität und Demokratie) – 58 EU-Abgeordnete. Z.B.: FPÖ, AfD, Lega, Rassemblement National, Die Finnen, die Dänische Volkspartei, Sme Rodina (Slowakei), EKRE (Estland).

EVP (Europäische Volkspartei) – 178 Abgeordnete. Neben christdemokratischen Parteien ist z.B. Alessandra Mussolini (Forza Italia) in der EVP, (Fidesz 2021 ausgetreten).

Auszug aus dem ND-Podcast: Europa rückt nach rechts; nd-aktuell.de; 27.12.23:

Einfluss der Rechten im EU-Parlament.
Jens Geier: Vorsitzender der Europäischen Sozialdemokraten: Nach der Europawahl 2019 gab es noch einen „Cordon Sanitaire“, das war die Absprache der Demokraten, nicht mit der extremen Rechten zusammenzuarbeiten, dadurch hatten sie keine Funktionen in der Repräsentation des EP, nicht im Präsidium, keinen Vorsitz in Ausschüssen, ihre Anträge wurden abgelehnt. Diese Regeln ändern sich gerade. Konservative und Liberale bilden Mehrheiten. Sie versuchen, mit den Rechten gemeinsam zu stimmen.

Beispiele: Ablehnung des Antrags für ein weitreichendes Europäisches Naturschutzgesetz, die aber scheiterte. Bei der

Pflanzenschutzverordnung war diese Mehrheitsbildung erfolgreich. – Der Einfluss von rechts wächst.

Daniel Freund (GRÜNE) berichtet im Podcast: **Zur Behandlung von Gesetzesentwürfen im Parlament erscheinen die Rechten in der Regel nicht,** ebenso bei Verhandlungen mit Rat und Kommission. Reden im Plenum halten sie zwar, aber sie treten nicht in Austausch mit anderen Fraktionen. Ihre Reden bilden nur den Hintergrund für ihre Videos bei Medienauftritten auf YouTube, TikTok, sie hinterlegen ihre öffentlichen Hassreden damit. Es gibt keine Zusammenarbeit.

Ein Drittel der Abgeordneten ist bereits europafeindlich, rechtsextrem. Wenn sie noch mehr werden, wird die Handlungsfähigkeit des EP erschwert, auch insofern, dass die verbleibenden Abgeordneten die parlamentarische Arbeit machen müssen (Berichte, Dokumentationen) und sich die Mehrheitsverhältnisse verschlechtern.

Die EU wird von Rechtsextremen zunehmend nicht mehr abgelehnt, da sie auf die breite Zustimmung zur EU bzw. auf die Mehrheit, die sich als Teil der EU fühlt, hören müssen.

Sie lehnen die EU eigentlich ab, aber sie formulieren Reformwünsche.

Martin Günther (Die Linke): **Die Prognosen werden nicht immer verwirklicht.** Vorgeschlagen wird, die Erfolge gegen die Rechten in Polen und Spanien zu analysieren – was sie richtig gemacht haben. Dazu soll es auch Kongresse der Europäischen Linken geben.

Wie stark reißt die CDU die Brandmauer auf EU-Ebene ein? *Daniel Freund* (GRÜNE): Staaten sind immer dann gekippt, wenn die Konservativen kooperiert haben.

Konservative Abgeordnete und Rechte organisieren gemeinsame Mehrheiten, wollen z.B. mit Hilfe der Rechten das Lieferkettengesetz zu Fall bringen.

Block der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten. Ursula v. d. Leyen hatte bei ihrer Wahl zur Präsidentin der Europäischen Kommission nur 9 Stimmen mehr als nötig.

Es besteht die Gefahr, dass die drei Fraktionen nur noch eine zu kleine Zahl von Abgeordneten gegen Rechts stellen. Mit wem bildet dieser Block der gemäßigten Parteien dann Mehrheiten? Fratelli d'Italia? Oder Grüne? Die Rechtsstaatlichkeit, EU-Projekte wie der „Green Deal", würden ggf. in Frage gestellt.

https://www.nd-aktuell.de/artikel/1178771.europaeische-union-folge-europa-rueckt-nach-rechts.html

Europawahlen: Schwerpunktsetzung der Kampagnen der Rechtsparteien

Haupttendenz: EU von innen verändern

Zusammenstellung von Rosemarie Steffens und Michael Juretzek

Ein Zusammenschluss der extrem rechten, nationalistischen Fraktionen (besonders ID- und EKR-Fraktion) im EU-Parlament scheitert an politischen Widersprüchen und Konkurrenzen. Im Folgenden haben wird dies für einige rechte Parteien aus verschiedenen EU-Ländern dokumentiert.

Italien – Lega (ID-Fraktion im EU-Parlament) – Vorsitz Salvini.

Ziel: starkes Rechtsbündnis unterschiedlicher rechter Parteien – das „Italienische Modell"

Seit dem Wahlsieg der italienischen Rechtskoalition im September 2022 ist es der große Traum des Matteo Salvini: Der rechtsnationale Lega-Chef und Infrastruktur- und Verkehrsminister will das „italienische Modell nach Europa exportieren", wie er vollmundig sagt. Das heißt: Er hofft, bei den Europawahlen im kommenden Juni nicht nur auf einen allgemeinen Stimmenzuwachs aller Rechtsparteien – ein durchaus wahrscheinliches Szenario –, sondern vor allem auch darauf, dass sich die Rechten nach der Wahl zusammenschließen und die bisherige (informelle) Koalition aus Europäischer Volkspartei (EVP), Sozialisten (SD) und Liberalen (Renew Europe) in Brüssel ablösen. ... Die ID, der Salvinis Lega als stärkste Einzelpartei angehört, versammelt alles, was in Europa unter Rechtspopulisten, Identitären, Trump- und Putin-Fans, Europaskeptikern und Ausländerfeinden Rang und Namen hat: die deutsche AfD, die österreichische FPÖ, den französischen Rassemblement National (RN), die PVV des holländischen Wahlsiegers Geert Wilders, die belgische Vlaams Belang und andere mehr. (Der Standard, 3.12.2023)

„Tatsächlich könnte ein vergleichbares Politikangebot auf europäischer Ebene den Zeitgeist treffen: mehr Macht für die Nationalstaaten in der EU, harter Kampf gegen die Migration, Appell an die «ökonomische Vernunft» und gegen einen überstürzten ökologischen Umbau der Wirtschaft. In Florenz wurde Letzteres unter das Motto «Lavoro, sicurezza, buonsenso» gestellt, zu Deutsch: Arbeit, Sicherheit, gesunder Menschenverstand." (Bernet, Luzi, Europas Rechtsaußenparteien holen Anlauf in der Wiege der Renaissance, in: NZZ, 4.12.23)

Italien – Fratelli d'Italia (EKR-Fraktion im EU-Parlament) – Vorsitz Meloni.

Ziel: Fraktionen müssen unterscheidbar bleiben – nur gemeinsame Wege, keine gemeinsame Wahlliste

Melonis Fratelli d'Italia streben lediglich „gemeinsame Wege" mit den Mitte-Rechts-Parteien in Europa und deren Fraktionen EKR, ID und EVP an, um eine rechte Mehrheit in Brüssel zu erhalten, ohne dass sich die Fraktionen vereinigen. Carlo Fidanza, Fraktionschef Fratelli d'Italia im EU- Parlament: Sie müssten „mit ihren Identitäten und Besonderheiten, die sie eifrig hüten", unterscheidbar bleiben.

Um eine Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion anzustreben, müssen die Parteien pro-europäisch, pro-Rechtsstaat und pro-Ukraine sein: das ist erfüllt von Fratelli d'Italia, aber nur teilweise von Lega, (euroskeptische Positionen) ... Die EKR-Partei, die diese Bedingungen nicht erfüllt, ist die polnische (PiS) „Recht und Gerechtigkeit" wegen Beeinflussung der Justiz und Medienfreiheit.

Fidanza: „Die PiS bleibt eine wichtige Säule unserer politischen Familie, mit der wir das Ziel teilen, einen noch größeren konservativen Raum aufzubauen, beginnend mit den nächsten Europawahlen".

Differenzen: Russland-Politik

Italien steht unter Melonis Regierung (trotz gelegentlichen Querschüssen Salvinis) an der Seite der Ukraine, die Rechtspopulisten anderer Länder verfolgen einen russlandfreundlichen Kurs. Eine gemeinsame Plattform für Rechtspopulisten, Nationalisten und Souveränisten, die über den Wahltag hinaus Bestand hat, ist unwahrscheinlich.
(Pascale, Federica, EU-Wahlen: Italiens Rechte bildet keine gemeinsame Kandidatenliste, in Euractiv, 1.11.23)

Frankreich – Rassemblement National (ID)

... Marine Le Pens Image wird in Meinungsumfragen immer besser, und in dem jährlichen Barometer des Instituts Verian wird die Partei banalisiert und eine Mehrheit der Franzosen sieht Le Pen nicht mehr als Vertreterin einer „nationalistischen

und fremdenfeindlichen extremen Rechten“, sondern einer „patriotischen Rechten, die an traditionellen Werten festhält“. Die Debatte dreht sich um die Lieblingsthemen der RN, Sicherheit und Einwanderung. Das Parlament hat das umstrittene Einwanderungsgesetz von Präsident Macron verabschiedet. Marine Le Pen sieht sich als „ideologische Siegerin“, da es die Rechte von Einwanderern stark eingeschränkt. Die Partei der Le Penisten nutzt schamlos die Terroranschläge und die verschiedenen Ereignisse aus, schweigt aber zu allem anderen: Klimaerwärmung, Beschäftigung, Soziales oder Bildung. Und kein Tenor versucht, ihn zu entlarven. Marine Le Pen leistet sich sogar den Luxus, zu versuchen, die Arbeitgeberkreise zu beruhigen, bislang jedoch ohne großen Erfolg. In der Tat fällt es der Mehrheit schwer, ihr Ziel zu ändern. Sie ist auf die Entgleisungen und Provokationen von Jean-Luc Mélenchon fixiert und hat Mühe, das Feuer gegen die RN zu richten. (Dély, Renaud, En cette fin d’année, un sujet d’inquiétude monte au sein de la majorité, c’est la progression de Marine Le Pen, Franceinfo, 8.12.23)

Le Pens Reaktion auf den Wahlerfolg von Wilders PVV

„Es ist an den Niederländern, ihr Schicksal zu wählen, so wie es das britische Volk getan hat“. Der Sieg von Wilders zeige, so Le Pen, dass die Europäer „die Funktionsweise der EU infrage stellen“ und „die Einwanderung kontrollieren“ wollen.

Le Pen kritisierte die EU-Institutionen und sagte, sie müssten komplett überarbeitet werden, Europa (dürfe aber) nicht auseinanderfallen und Frankreich solle die Euro-Währung behalten.

„Die EU ist eine technokratische Struktur, die durch Strafen, Drohungen und Sanktionen vorankommt“, sagte sie und schlug vor, stattdessen eine „Union der europäischen Nationen“ zu gründen, die an „großen Projekten arbeiten würde, um gemeinsam zu erreichen, was wir alleine nicht schaffen können.“

„Wir müssen unsere Kräfte bündeln und im EU-Parlament einen Block formen.“ (Hartmann, Théophane, Le Pen: Europäer stellen „die Funktionsweise der EU in Frage“, Euractiv, 24.11.23)

Niederlande PVV (EKR)

Mit Wilders (PVV) bekommt das euroskeptische Lager nun wieder Auftrieb. Er kokettiert mit einem Referendum über einen EU-Austritt der Niederlande. Selbst wenn ein „Nexit“ in allen denkbaren Regierungskonstellationen ausgeschlossen scheint, ist für reichlich Zündstoff gesorgt: Das gilt für Wilders’ Migrationspolitik („Asyl-Tsunami“) ebenso wie für die Unterstützung der Ukraine, die Wilders zurückfahren will. Wilders hat den Islam als „faschistische“ Religion bezeichnet. In einem Prozess im Jahr 2016 wurde er der Anstiftung zur Diskriminierung für schuldig befunden (erhielt jedoch keine Strafe für dieses Verbrechen). Bestrebungen für mehr Klimaschutz und interne Reformen, die die EU handlungsfähiger machen sollen, würden leiden. (Was der Wahlsieg von Geert Wilders für die EU bedeutet, Börsen-Zeitung, 23. Nov. 23)

Schweden – Schwedendemokraten (EKR).

Schwexit: Schwedendemokraten (EKR) debattieren EU-Austritt des Landes

– Die Abschaffung des Vetorechts im Europäischen Rat und übermäßige Übertragung von Macht an Brüssel seien Gründe für einen Austritt. Die SD-Führungsspitze will, dass „künftige Parlamentsbeschlüsse zur Übertragung zusätzlicher Kompetenzen von der nationalen auf die EU-Ebene einem Referendum vorausgehen.“

– Der Erhalt schwedischer Entwicklungshilfe könnte bald davon abhängen, ob das Empfängerland die Bürger zurücknimmt, die Schweden aus seinem Land ausweisen will, wie beispielsweise Migranten und Asylbewerber, die ein Sicherheitsrisiko für das Land darstellen.

– Keine neuen Moscheen sollen in Schweden gebaut werden. Sofern in Moscheen antidemokratische, antischwedische, homophobe oder antisemitische Propaganda verbreitet werde, sollten diese abgerissen werden. (Szumski, Charles, Schwexit: Schwedendemokraten debatieren EU-Austritt des Landes. Euractiv, 24.11.23)

Es ist davon auszugehen, dass die Åkesson-Rede sowohl die Sicherheitslage Schwedens als auch den schwedischen Nato-Beitritt weiter erschweren wird. Gerade für die Moderaten ist der Nato-Beitritt Schwedens schon lange sehr wichtig, die Verzögerung ist daher mit erheblichem Frust verbunden. Wenn Schweden schließlich in den Kreis der Nato-Mitglieder aufgenommen wird, werden die Moderaten davon profitieren. (Hauser, Dominik, Herausforderungen für Schweden ein Jahr nach Regierungsbildung, K.-Adenauer-Stiftung, 12.12.23)

Ungarn – Fidesz (EVP)

Starkes Mandat gegen Brüsseler „Wahnsinn“ per Nationaler Konsultation
Mittels Einwohnerforen sollen die Bürger zur Teilnahme motiviert werden.

„Die Europawahlen 2024 entscheiden darüber, ob wir in einem Brüsseler Imperium leben werden, oder aber in unabhängigen und freien Nationalstaaten.“ Das Mittel der Nationalen Konsultation wird mit dem erforderlichen „starken Mandat“ begründet, für die Verhandlungen in den EU-Institutionen, um „im wahrsten Sinne des Wortes Wände zu durchbrechen“. Brüssel häufe in jüngster Zeit Fehlentscheidungen an, die den Alltag der Menschen beeinträchtigen. Konkret nannte sie die Sanktionspolitik und die Kriegshysterie. Mit der Stimulierung der illegalen Migration wurden die Alltagskonflikte sichtbar „auf die Hauptplätze Europas importiert“. Die linke Mehrheit im abdankenden Europaparlament versuche nun, ihre „wahnsinnigen Ideen“ den Mitgliedstaaten in aller Eile aufzunötigen. Dazu gehöre der Versuch, das Vetorecht der EU-Mitglieder zu beschneiden. Dabei handele es sich um das wichtigste Instrument für Staaten von der Größe Ungarns, ihre Interessen zu verteidigen. Brüssel wolle den Ungarn diktieren, mit welchem Energiemix es die Klimaziele zu erreichen habe, man wollte Sonderwege bei der Impfstoffbeschaffung zur Zeit der Corona-Pandemie ausschließen und will Ungarn gegen seinen Willen zu einem „Migranten-Ghetto“ machen.

Die Frage nach der Zukunft Europas stelle sich dadurch, dass Brüssel die Unabhängigkeit der Nationalstaaten liquidieren will. Dabei sei die EU erst durch Nationalstaaten geschaffen worden, deren Gemeinschaft das Schicksal der EU bestimme. Die EU-Institutionen würden immer häufiger ihre Befugnisse überschreiten. „Je mehr Bürger an der Nationalen Konsultation teilnehmen, umso stärker kann Ungarn für seine Souveränität einstehen“, ist sich der Finanzminister sicher. (Ackermann, Rainer, Starkes Mandat gegen Brüsseler „Wahnsinn“ per Nationaler Konsultation. Budapester Zeitung 26.11.23)

https://europeelects.eu

Die Webseite europeelects.eu veröffentlicht monatlich das Ergebnis einer Umfrage zum möglichen Wahlausgang der Europawahlen 2024.

Hier die Zahlen vom Dezember 2023:

- Einfache Mehrheit der gegenwärtig 705 Abgeordneten: **353**
- SSD+Renew+EPP („Cordon Sanitaire“): **420** (Prognose: **405**)
- ECR+ID: **125** (Prognose 1**74)**
- Von den Rechten angestrebte Zusammenarbeit mit EPP-Christdemokraten: **303** (Prognose **353**)

Fraktion (Abgeordnete)	Nov. 2023	Prog. 2024	Bilanz
The Left (Linke)	38	36	-2
The Greens (Grüne)	71	49	-22
SSD (Sozialdemokraten)	141	142	+1
Renew Europe (Liberale)	101	84	-17
EPP (Christdemokraten)	178	179	+1
ECR (Konservative)	67	81	+14
ID (AfD, FPÖ, RN, Lega…)	58	93	+35
Non-Inscrits (fraktionslos)	51	50	-1
Unaffiliated (ungebunden)	0	6	+6

„Inklusion mit Augenmaß“ – Die AfD im Europawahlkampf 2024

Von Marianne Esders, Lüneburg*

Im August 2023 hielt die AfD ihre Europawahlversammlung in Magdeburg ab und stellte eine Liste mit 35 möglichen Kandidat*innen für das Europäische Parlament zur Wahl am 9. Juni 2024 auf. Spitzenkandidat wurde Maximilian Krah, der bereits seit 2019 im Europäischen Parlament ein Mandat ausübt und dem deutschen Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall gilt.

Im Europäischen Parlament ist die AfD gemeinsam mit acht weiteren europäischen Rechtsaußenparteien Teil der Fraktion Identität und Demokratie (ID), die 2019 größtenteils aus der Vorgängerpartei „Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit“ hervorging und aktuell 60 Abgeordnete aus sieben Ländern stellt. Eine weitere Gruppierung rechtsradikaler Parteien im Europäischen Parlament ist die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), in der 66 Abgeordnete aus 16 Ländern sitzen.

Teil der Programmatik der euphemistisch als „EU-kritische Parteien“ bezeichneten ID und EKR ist es, die Europäische Union in ihrer jetzigen Form von innen zu zersetzen. Sprach die AfD im Europawahlkampf 2019 noch vom „Dexit“, also dem Austritt Deutschlands aus der EU, findet sich nun als zentrales Element des Wahlprogramms die Forderung einer Neugründung der Europäischen Union als „Bund europäischer Nationen“. Diese Neugründung beinhaltet eine Abschaffung des Europäischen Parlamentes, das heißt der direkt gewählten Interessensvertretung der Bürger*innen der europäischen Länder, deren Kompetenzen an die Nationalstaaten „zurückgehen“ sollen.

Die AfD propagiert ein „Europa der Vaterländer“ und eine „europäische Gemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger bei all jenen Aufgaben zusammenwirken, die gemeinsam besser bewältigt werden können“. In ihrer Programmatik wendet sich die AfD unmittelbar gegen die jetzige Form der EU und ihrer sogenannten „tragenden Eliten“, die die Souveränität der Nationalstaaten kontinuierlich aushöhlen und einen EU-Superstaat anstreben würden. Dieser Superstaat entbehre elementarer Voraussetzungen einer gelingenden Demokratie und sei illusorisch in dem Bestreben, nationale Identitäten durch eine „europäische Identität“ ersetzen zu wollen: „Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und bewahrt werden.“

Die Begriffe „Demokratie“, „Verfassung“, „Volkssouveränität“ und „Grundrechte“ sind, von rechtsextremen Nationalist*innen geäußert, mit äußerster Skepsis zu betrachten. Giorgia Melonis aktueller Versuch, in Italien eine Verfassungsreform anzustoßen, die eine Machtzentrierung zu ihren Gunsten bedeuten würde, zeigt anschaulich, dass Faschist*innen, sobald sich ihr Handlungsspielraum erweitert, nicht lange zögern, bis sie demokratische Institutionen, mithilfe derer sie ins Amt gehoben wurden, auszuhebeln versuchen, um sich alleinigen Machtanspruch zu sichern.

Meloni konnte mit ihrer rechtspopulistischen Migrationsdebatte die Wahl in Italien für sich bestimmen. Die AfD schlägt im Europawahlprogramm in die gleiche Kerbe: Das Versagen der EU wird zuerst am Beispiel der EU-Migrations- und Außengrenzpolitik veranschaulicht, die „der illegalen, durch kriminelle Schlepperbanden organisierten Masseneinwanderung tatenlos gegenüber“ stehe, Antisemitismus importiere und einen massiven Kontrollverlust verursache.

Diesem migrationsfeindlichen Narrativ zufolge brauche es eine Festung Europa, die zum Schutz der europäischen Nationen und Kulturen die Masseneinwanderung mithilfe technologischer Aufrüstung und des gemeinsamen Abwehrsystems Frontex beende.

AfD-Positionen im Europa-Wahlprogramm:

In ihrem Wahlprogramm behauptet die AfD, die Asyl- und Migrationspolitik Europas habe seit Jahren zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen, Terrorismus, Bandenkriminalität und zu einem Kontrollverlust als Dauerzustand geführt, der Bund, Bundesländer und Kommunen finanziell, logistisch, betreuerisch und sicherheitspolitisch überfordere. Die deutsche Willkommenskultur sei zu beenden, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) aus dem Europäischen Vertrag herauszunehmen und die Zuständigkeit für Asyl- und Zuwanderungspolitik an die Nationalstaaten zurückzugeben. Asylverfahren sollen laut AfD nicht in Deutschland, sondern nach dem „Ruanda-Modell“ in einem dazu bereiten Drittstaat wie zum Beispiel dem ostafrikanischen Ruanda durchgeführt werden, wo Asylbewerber bei „tatsächlicher Schutzbedürftigkeit“ auch Aufnahme finden sollen. Bei „echten Flüchtlingen“ setze die AfD auf internationale Zusammenarbeit und wolle durch Hilfe vor Ort die Migrationsvermeidung aus Krisenregionen erzielen, „um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen und den Anreiz für gefährliche Reisen zu nehmen“.

Im Folgenden werden dann verschiedene Themenfelder oberflächlich skizziert, um das Projekt EU als gescheitert zu verurteilen: die Klima- und Energiepolitik der EU wird als ideologiegetriebener, reglementierender Eingriff in alle Lebensbereiche und zerstörerisch besonders für die deutsche Wirtschaft beurteilt, die Währungsunion wird als Grund für Inflation und schleichende Enteignung der Bürger, die Wirtschaftspolitik als planwirtschaftlich überreguliert, die Sozialsysteme als von Armutszuwanderung überlastet, die Finanz- und Haushaltspolitik als unausgeglichene und unkonditionierte Geldverteilung, die internationale Sanktionspolitik als Verfehlung mit fatalen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit, die Verteidigungsfähigkeit der EU als unzureichend selbstbestimmt, die Wehrhaftigkeit Deutschlands als geschwächt bis zur Selbstaufgabe und die vorherrschende Bürokratie als intransparent, unkontrolliert, monströs und selbstherrlich bezeichnet.

Hinzu käme ein Europäischer Gerichtshof, der sich laut AfD eigenmächtig über die Verfassungen und Verfassungsrechte der Mitgliedstaaten hinwegsetze, und ein Europäisches Parlament, das aufgrund eines „degressiv proportionalen“ Wahlmodus undemokratisch sei, sowie ein Rat, der, da die Mitglieder gleichzeitig nationale Exekutivorgane seien, als wichtigstes

* Zur Autorin: Kandidiert für Die Linke zur Europawahl 2024, ist Vorsitzende im Lüneburger Stadtrat für die Gruppe Die PARTEI / Die Linke, ist gewähltes Mitglied des Landesvorstandes Die Linke Niedersachsen, Ko-Sprecherin des Landesrates Linke Frauen und vertritt MdEP Martin Schirdewan in seinem Europabüro in Hannover. **https://www.marianne-esders.de**

Legislativorgan gegen die Gewaltenteilung verstoße.

Im Anschluss bricht die AfD dann eine Lanze für die Volkssouveränität, die von der EU ausgehöhlt werde, und für die Demokratie, die in der EU defizitär sei, solange „Mitgliedsländer zu bloßen Gliedstaaten ohne eigene Souveränität degradiert" würden. Da die EU „an ihren selbst gesteckten demokratischen Maßnahmen" scheitere, könne nur der Nationalstaat authentische Quelle von Demokratie sein. Die Freiheit und Selbstbestimmung der Staaten solle durch nationale Volksabstimmungen gewährleistet werden, mithilfe derer sowohl über die Form des Zusammenlebens der Völker in Europa als auch über Verbleib im und Erweiterung des Reformprojektes „Bund europäischer Nationen" entschieden werden solle, sowie über die Währungsunion und sonstige „supranationale Projekte".

Das undemokratisch gewählte EU-Parlament sei abzuschaffen und die Rechtsetzungskompetenz solle allein dem Rat übertragen werden, „(...) dessen Mitglieder in ihrem Stimmverhalten jedoch an Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden müssen." Der zuvor von der AfD benannte, dem Rat inhärente Verstoß gegen die Gewaltenteilung scheint den Rechtsextremen bei Abschaffung des Parlamentes, d.h. bei Auflösung des Organs der Bürger*innenrepräsentation, nicht mehr erwähnenswert.

Fachkräftemangel, Arbeits- und Sozialpolitik

Fachkräftemangel solle im Bund europäischer Nationen mit „qualifizierter Zuwanderung nach japanischem Vorbild" entgegengewirkt werden. An erster Stelle stünden in einem solchen Modell Rückgewinnungsprogramme für deutsche abgewanderte Leistungsträger. An zweiter Stelle – noch vor der Ausschöpfung einheimischer Potenziale und des europäischen Arbeitsmarktes – stünde die Förderung technologischer Lösungen wie KI, Robotik und Digitalisierung sowie ökonomische Produktivitätssteigerungen. Für außereuropäische Fachkräfte würde es ein Auswahlpunkteverfahren geben. Das Instrument der Blauen Karte würde fortentwickelt, Experten in MINT-Berufen bevorzugt.

Beim Freizügigkeitsprinzip innerhalb der EU betont die AfD, dass das deutsche Sozialleistungssystem nicht durch Armutszuwanderung belastet werden dürfe. Deshalb sollen „(...) Ausländer aus EU-Staaten erst dann Sozialleistungen in Deutschland erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben und in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestritten haben". Länder des Westbalkans seien nicht in die EU aufzunehmen, Migration über diese Staaten „durch eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit einzudämmen".

Zudem sei die EU-Sozialcharta überflüssig, eine europäische Arbeitslosenversicherung abzulehnen und EU-Deklarationen wie die „Europäische Säule sozialer Rechte" allein dazu da, die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten auszuhöhlen. Mangel an bezahlbarem Wohnraum will die AfD mit einer Migrationspolitik lösen, die weder den Wohnungsmarkt überlaste noch Mieten steigen lasse oder Einheimische verdränge.

Währungs- und Wirtschaftspolitik

Laut AfD käme es aufgrund von zunehmend weiter ausgelegten Kompetenzen der EU immer häufiger zu parallelen Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene mit Verdrängungswirkung des nationalen Rechts. Die AfD plädiert dafür, den nicht legitimierten, vom „EU-Zentralstaat" eingeführten Euro ebenso wie die „planwirtschaftlich operierende EZB" abzuschaffen. Zudem solle es zu einem Aussetzen von EU-Rettungskrediten kommen, außer es handele sich um Hilfen und Investitionen für Deutschland.

Um zu einer sozialen Marktwirtschaft zurückzukommen, bzw. zu „Recht und freiem Kapitalmarkt", müsse laut AfD eine neue Deutsche Mark eingeführt werden, die ihre höhere Kaufkraft gegenüber anderen Ländern wiedergewinnen, die Importpreise senken, somit die Realeinkommen steigern „(...) und damit zu einer „Sozialdividende" führen [würde], die dem gesamten deutschen Volk zugutekäme". Zudem würde die neue Deutsche Mark laut AfD zu einer erheblich geringeren Inflation führen. Deutsches Staatsgold müsse als potenziell letzte Währungsreserve komplett nach Deutschland geholt werden. Bargeld solle erhalten bleiben, denn die AfD stelle sich gegen den „gläsernen Menschen" und „Totalüberwachung" nach „chinesischem System".

Laut Wahlprogramm lehnt die AfD jegliche EU-Steuern ab. Zugunsten der Umsetzung einer Gesamtkonzernbesteuerung stelle die AfD sich gegen eine globale Mindestbesteuerung für Großunternehmen. Wirtschaftskreisläufe, vor allem Fertigungsprozesse, müsse man in den europäischen Raum rückverlagern, um die einheimische Wirtschaft zu stärken. Dabei sei die Subventionierung klimafreundlicher Produktions- und Energiegewinnungsprozesse kritisch zu sehen, denn „[p]lanwirtschaftliche Markteingriffe und Subventionen nach Maßgabe einer „sozialökologischen Transformation" und das Verbot erfolgreicher Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar".

Das Lieferkettengesetz sei eine Wettbewerbsverzerrung aufgrund zusätzlicher Sozial- und Umweltstandards im internationalen Vergleich. Die Aufweichung nationaler Verbraucherschutzstandards durch supranationale Eingriffe in Verfahrensabläufe und einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen lehne die AfD entschieden ab und fordere ein effizientes Schnellwarnsystem für Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit sowie Kontrollen an den Binnengrenzen und klare Kennzeichnung von Produkten, vor allem, um verdeckter Beimischung von Insekten in Lebensmitteln entgegenzuwirken. Nationale und regionale Gütesiegel wie „Made in Germany" und deutsche Ausbildungsstandards seien zu schützen, die Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen, beruflichen Qualifikation durch Ablegen einer Prüfung nachzuweisen.

Teilweise driftet das Wahlprogramm in Verschwörungsnarrative ab: Gemeinsame Investitions- und Finanzpakete zur Bewältigung von Krisen- und Notsituationen der Mitgliedsstaaten wie der NextGenerationEU-Fonds seien Teil des Plans der Kommission, „mit dem kommenden Notstandsgesetz direkte Kontrolle über den Wirtschaftssektor zu den einzelnen Unternehmen an sich [zu] ziehen. Ein „koordiniertes" Konzept für die Risiko- und Krisenkommunikation gegenüber der Öffentlichkeit ist geplant. Die Feststellung eines Krisenfalls würde dann ohne parlamentarische Kontrolle erfolgen. „Der Weg in einen planwirtschaftlich agierenden Überwachungsstaat ist vorgezeichnet."

Zudem dürfe Außenpolitik nicht durch Sanktionen zu einem Abnutzungs- und Wirtschaftskrieg verkommen, Entwicklungspolitik sei gänzlich auf die nationale Ebene zu verlagern, Gewährung von Entwicklungshilfe sei an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten zu knüpfen.

Umwelt und Klima

Die Datengrundlagen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu Klimaentwicklungen erkennt die AfD nicht als Grundlage für politische Entscheidungen an. Das „Fit für 55"- Klimaschutzpaket und der ‚Green Deal' der EU seien „eine aus der Hand der EU-Kommission in Verordnungen und Richtlinien gegossene Dystopie eines ökosozialistischen Brüsseler Haftungs- und Umverteilungsstaates" und eine „billionenschwere Umverteilungsmaschinerie", die zu Deindustrialisierung und Naturzerstörung führe.

Eine auf Schutz des Klimas und der Umwelt ausgerichtete

Politik, zum Beispiel durch Raumplanung und -nutzung für erneuerbare Energiegewinnung, klimaneutrale Bauweisen und Sanierung von Gebäuden, klimafreundliche Wirtschaftsweisen oder eine Mobilitätswende bezeichnet die AfD als Klimawahn, CO2-Hysterie und ideologisch geleitetes ökosozialistisches Projekt zur Wohlstandsvernichtung und totalitären Freiheitseinschränkung.

Um den „motorisierten Individualverkehr zu schützen", die „Automobilindustrie als Leitindustrie" zu erhalten und sich gegen den prekären Abbau von Rohstoffen in Drittstaaten zu stellen, setze die AfD „sich generell für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein", sowie für die Ausweitung von Parkraum für Pkw und Lkw, mehr innerstädtische Fahrspuren, die Schließung von Autobahnlücken, gegen ein Tempolimit und das Verbot von Kurzstreckenflügen sowie gegen die Luftverkehrsteuer. Transportinfrastruktur sei von Straßen auf Wasser und Schiene auszuweiten.

Zudem setze die AfD auf eine Energieversorgung „ohne ideologische Scheuklappen" durch eine umweltfreundliche, nationale Strategie der Energiegewinnung aus Schiefergas, Kernenergie und Braunkohle. Vor allem im Bereich Kernenergie müsse Deutschland wieder Spitzenreiter werden. Neben strategischen Ölreserven seien Gasspeicher vorzuhalten und die Nord-Stream-Leitungen sofort zu reparieren und umgehend für Gaslieferungen freizugeben. Weitere Genehmigungen von Windkraftanlagen seien sofort auszusetzen, denn keine Energieform fordere „einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt" und verursache massive Auswirkungen auf Boden- und Wasserhaushalt wie die Windkraftindustrie.

Die AfD stelle sich gegen den „EU-Verordnungswahn" der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), gegen manipulative „grüne bauern- und technikfeindliche Stimmungsmache" im Pflanzenschutz, gegen „die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie" und befürworte „mehr regionale und nationale Entscheidungsmacht" in der Land- und Forstwirtschaft.

Digitalisierung

EU-Verordnungen zu Digitalisierung und Internet seien Überbürokratisierung, hätten immer Überwachung und Zensur zum Inhalt und würden die Freiheit der Bürger sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder bedrohen. Die AfD wolle für die Wahrung einer freiheitlichen Gesellschaft eine sichere, von außereuropäischen Märkten unabhängige IT-Infrastruktur wiederherstellen mit digitalen Netzen und Angeboten, die vertrauenswürdig seien und die Privatsphäre der Nutzer durch eine bürgerfreundliche nationale Regelung wahren würden.

Gesundheitsversorgung, Pandemie und Selbstbestimmung

Im Bereich der Gesundheitsversorgung betont die AfD – neben dem Anliegen, Krankenversorgung nicht weiter privatisieren und den Internethandel rezeptpflichtiger Arzneimittel unterbinden zu wollen – dass, wie in anderen Produktionsbereichen auch, mit einem regional verankerten Versorgungs- und einem auf Europa beschränkten Produktionsmodell Arzneimittelsicherheit sichergestellt und überregionale Lieferengpässe überwunden werden könnten.

Der Beruf des Heilpraktikers solle laut AfD, entgegen einer für Österreich gefällten EuGH-Entscheidung, bewahrt werden. Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal dürfe im Gesundheitswesen eingesetzt werden, was vor allem ausschließe, dass Menschen, die „sprachliche Defizite aufweisen" im Gesundheitswesen als Lösung zur Behebung des Personalmangels in Betracht kämen. Ein missbrauchsanfälliger europäischer Gesundheitsdatenraum sei abzulehnen.

Die AfD stelle sich gegen staatlich erzeugten Impfdruck und ein von der EU geplantes digitales Impfzertifikat, welche zu staatlich verordneten Impfungen führen würden, die „durch massiven Druck bis zur Entziehung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Bürger" die Grundrechte dieser auf körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht grundrechtswidrig aussetzen würden. Aufgrund von deutlichen Warnsignalen aus der Öffentlichkeit und „überproportional auftretender schwerer Impfschäden, einer alarmierenden Übersterblichkeit, der toxischen Spikewirkung und nachgewiesener Gefäßschädigungen" sei die Zulassung von mRNA und vektorbasierten Corona-Injektionen durch die EU-Kommission sofort zu stoppen und juristisch aufzuarbeiten. Zudem fordert die AfD, Bürger und Corona-Impfgeschädigte direkt am Prüfungsprozess zu beteiligen und „die vollständige Rehabilitierung aller Bürger, die im Verlauf der Corona-Krise rechtliche Nachteile und juristische Verfahren aufgrund ihrer kritischen Haltung zur staatlichen Impf- und Corona-Politik erlitten haben".

Gesetzesreformen und ein Recht auf „medizinische Behandlungen im Sinne des ‚Gender Mainstreaming'" bei Minderjährigen würden zu unumkehrbaren lebenslangen physischen und psychische Schäden führen. Medikamentösen Behandlungen mit Pubertätsblockern sei ebenso wie der ursächlichen Frühsexualisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen entschieden entgegenzutreten. Es gebe genau zwei Geschlechter: Frau und Mann. Die „Pseudowissenschaft der Gender-Ideologie" bestreite diese „biologische Grundtatsache"; Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen seien zu verbieten.

Familienpolitik

Um dem demographischen Wandel (niedrige Geburtenraten, Überalterung) wirksam entgegenzutreten, wolle die AfD „deutlich mehr junge Paare ermutigen und unterstützen, eine Familie zu gründen und mehrere Kinder zu bekommen". „Der rapide Rückgang von Mehrkindfamilien in den Mittelschichten und die hohe Zahl der Kinderlosen unter den Leistungsträgern sind die Hauptgründe für die demografische Katastrophe der westlichen Gesellschaften und den daraus folgenden Fachkräftemangel." Alle Menschen hätten zwar das Recht, ihren Familienstand frei zu wählen und nicht-heteronormative Formen des Zusammenlebens seien zu respektieren, jedoch seien diese nicht mit der Ehe gleichzustellen, in der Mann und Frau traditionelle Geschlechterrollen leben und in „dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen". Zuwanderung könne hier keine Lösung sein und führe zu kulturellen und sozialen Problemen im Zusammenleben. „Bagatellisierung und Verharmlosung" von Kindstötung durch „Abtreibungen" trete die AfD im Europaparlament entschieden entgegen. Ein „Recht aufs Kind" bestehe allerdings nicht. Leihmutterschaft sei Kinderhandel und Adoptionen, die zwar zur Problemlösung beitragen könnten, seien jedoch ausschließlich auf nationaler Ebene zu regeln.

Bildung und Forschung

In Bildungseinrichtungen solle Wissen vermittelt und nicht Haltung indoktriniert werden. „Leitbild der Bildung im Sinne der Aufklärung" müsse „der mündige Bürger mit eigenem Urteilsvermögen sein". Ideologiegetriebener, politisch beeinflusster „Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik" seien ebenso wie qualitätssenkende Vereinheitlichungen in der akademischen Bildung und Forschung, zum Beispiel durch das auf den „Klimanachhaltigkeitsaspekt" ausgerichtete und in die Wissenschaftsfreiheit eingreifende „ideologisch getriebene" Programm „Horizon Europe" abzulehnen. Der Europäische Wissenschaftsrat sei aufzulösen, Entscheidungen über For-

schung und Innovationsförderung auf nationaler Ebene zu fällen. Quotenregelungen für „angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen“ seien abzulehnen, so dass Deutschland entsprechend dem Leistungsprinzip wieder „ein Land der unabhängigen Spitzenforschung“ werden könne. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sei über das Förderschulsystem erfüllt; die AfD setze sich für „Inklusion mit Augenmaß“ ein. Verwendung der „Gendersprache“ zur „Durchsetzung der Gender-Ideologie“ lehne die AfD ab, ebenso wie das Kindswohl beeinträchtigende Digitalisierung und KI im Unterricht sowie mit Digitalisierung einhergehende Werbung und „Ökonomisierung des Bildungsprozesses oder Monopolisierung der Lehrmedien und Inhalte“.

Kultur, historische Verantwortung und Medien

Die kulturellen Rahmenprogramme der EU und des ‚Green Deals‘ höhlen laut AfD die nationalen Leitkulturen aus. Durch Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit und gegen strukturellen Rassismus und Diskriminierung verfolge die EU das Ziel, die „europäische Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen“. Der entstehende „ideologische Konformitätsdruck“ sorge „für ein repressives kulturelles Klima (...) einer immer rigideren ‚politischen Korrektheit‘ und ‚Cancel Culture‘ gegenüber allen abweichenden Positionen“.

Die AfD stelle der Schuld- und Schamkultur, die historischen Tatsachen nicht gerecht werde, und der Kolonialgeschichte als Verbrechensgeschichte, die nicht historischer Gerechtigkeit entspreche, sondern „einem antieuropäischen, oft auch antiweißen Affekt“, ein „selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte – mit all ihrem Licht und Schatten – entgegen.“

Kontrolle über Medien, Medienzensur und Beschränkung der Meinungsfreiheit, wie sie laut AfD im „European Democracy Action Plan“, dem „Digital Service Act“ oder dem „Medienfreiheitsgesetz“ zum Ausdruck kämen, trete die AfD entgegen.

Schluss

Die AfD verkauft ihr Europawahlprogramm 2024 vorrangig als Pamphlet gegen die totalitäre Freiheitseinschränkung der Bürger der EU durch den zentralistisch und planwirtschaftlich ausgerichteten EU-Superstaat. Ob in dem von der AfD angedachten national-souveränen Gemeinschaftskonstrukt „Bund europäischer Nationen“ allerdings noch Aufgaben übrigblieben, die ein Zusammenwirken erfordern und sich gleichzeitig an der Einhaltung universeller Grund- und Menschenrechte orientieren oder ob ein Zusammenwirken nur noch diskriminierender Abschottungs- und Ausgrenzungslogiken folgen würde, ist fraglich.

In dem von der AfD skizzierten Bund europäischer Nationen läge die Gewaltenteilung brach, Legislative und Exekutive würden sich in einem Rat zentrieren, der von rechtskonservativen Nationalisten aus ihren Ländern heraus souverän geführt werden würde, die Judikative wäre Sache nationalstaatlicher Gerichte, deren Unterscheidung zwischen Macht und Recht in antidemokratisch regierten Ländern fraglich wäre.

Die EU als Sozial- und Wirtschaftsunion würde auseinanderbersten, der „Bund europäischer Nationen“ wäre allenfalls ein loser Bund opportunistischer Staaten, die sich auf die Maximierung kapitalistischer Eigeninteressen, die Erweiterung des jeweiligen Machtspielraums und die Verfestigung nationaler Identitäten mit den dazugehörigen Ab-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmechanismen konzentrieren würden.

Der unvernünftige Sparzwang des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der europaweit zu mehr Armut und zu Unsicherheiten führt, die von Rechtsextremist*innen für ihren demokratieschädigenden Populismus instrumentalisiert werden, muss schnellstmöglich überwunden werden. Die jetzige Strategie demokratischer Akteur*innen, den Forderungen von Nationalist*innen nachzugeben und diese in ihre Politik zu übernehmen – wie soeben beim GEAS-Abkommen geschehen – und von Autokraten regierten Ländern inner- und außerhalb der EU wieder und wieder Zugeständnisse zu machen, wird den Rechtsruck in Europa nicht aufhalten sondern weiter verstärken. Die vom Recherche-Netzwerk CORRECTIV aufgedeckten und veröffentlichten Pläne von Mitgliedern der AfD, der Werteunion und anderen Rechtsextremist*innen zur millionenfachen Vertreibung von Menschen aus Deutschland und Europa sind eine ernstzunehmende Warnung. Die darauffolgende Protestwelle gegen rechte Strukturen und gegen die AfD zeigt, dass die Menschen ihre Rechte und Werte verteidigen und nicht sang- und klanglos von Nationalist*innen zerstören lassen wollen. Die Bundesregierung und die Europäische Kommission müssen ihren politischen Kurs ändern: Wir brauchen dringend eine solidarische Politik mit einer Investitionsoffensive in die soziale Infrastruktur. Es gilt die zwanzig Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte in ihrer Verbindlichkeit und Wirkung zu stärken und die demokratischen Grundsätze der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu verteidigen. Dem von der AfD in ihrem Wahlprogramm heraufbeschworenen Schreckensszenario muss ein Europa der Solidarität und Menschenrechte, des Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit entgegengesetzt werden.

https://www.marianne-esders.de/politik/alle-themen/ 28.1.2024